

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

210 · April 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Aus dem Inhalt

VorSatz 291

Marxistisches Denken

KOLJA MÖLLER
Inspiration durch Gramsci: Hegemoniepolitik und
Die Linke heute 310

MARIO KESSLER
Zwischen Genfer Exil und Nachkriegsdeutschland.
Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg
zum 30. Januar 1933 338

Gesellschaft: Analysen & Alternativen

HUBERT FETZER
Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus 353

VorSatz

Vor fast 20 Jahren konnte man in Abwandlung der bekannten Eingangsworte des Kommunistischen Manifestes formulieren: »Ein Gespenst kam um in Europa«. Das ist nun wieder völlig anders, man kann ganz munter positiv auf diese Worte Bezug nehmen: »Ein Gespenst geht um in Europa« – das Gespenst der LINKEN. »Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet«, der Papst und Putin, Merkel und Sarkozy, italienische Nationalisten und der bayrische Verfassungsschutz, dazu natürlich Bush und alle neoliberalen Globalisierer. Aus dieser Tatsache geht hervor: Die LINKE »wird bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt«.

In Deutschland hat es in den letzten Monaten drei Landtagswahlen gegeben, alle im Westen, in Hessen, Niedersachsen und schließlich in Hamburg. Sie brachten wie die Wahlen in Bremen im Mai 2007 auf den ersten Blick wenig Veränderungen. Es ist bei der Vormachtstellung der so genannten »großen« Parteien geblieben. Und doch entwickelte sich in den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie bei den selbsternannten Meinungsmachern lawinenartig das blanke Entsetzen: Die LINKE ist in Fraktionsstärke in alle diese – westdeutschen – Länderparlamente gewählt worden. Besonders brillant formulierte es Angela Merkel: Die LINKE sei nun in Parlamente von Flächenländern eingezogen! Für sie, eine Ostdeutsche, war es bisher offenbar Nebensache, dass die Linken schon seit 1990 als Linkspartei und PDS in allen Landesparlamenten östlich der Elbe sitzen. Das hat sie wohl unter dem Stichwort »Regionalpartei« einfach abgehakt. Nun ist die LINKE aber auch im Westen als wirklicher Faktor in den politischen Kräfteverhältnissen angekommen, das signalisiert eine dauerhafte Veränderung in den politischen Strukturen in der Bundesrepublik insgesamt.

Die gegenwärtige Aufgeregtheit ist mehr als ein Sturm im Wasserglas. Man fragt sich geradezu, worüber die medial agierenden Politikerinnen und Politiker nebst ihrem journalistischen Anhang wohl reden würden, wenn es die LINKE nicht gäbe. Wobei vorzugsweise über sie geredet wird, nicht etwa mit ihr. Die Formel eines Überganges von einem Vier-Parteien-System zu einem Fünf-Parteien-System wird strapaziert, als sei es neu oder außergewöhnlich, dass es politische Kräfte links von der Sozialdemokratie gibt. In den meisten europäischen Ländern und zum Beispiel auch in Lateinamerika ist das eine Normalität. Zugleich entlarvt sich dieses Gerede als Ideologieprodukt. Die Realität ist von einem »System« weit entfernt, dies

würde ja Beziehungen und Kommunikation implizieren. Der Status ist die demonstrative Nicht-Beziehung, die LINKE wird in der Tat als »Gespenst« behandelt, sie geistert durch Interviews und Talkshows. Das Gezänk über die LINKE ist in Wahrheit eine Waffe im Kampf der bundesdeutschen Alt-Parteien untereinander, es geht darum, wer weniger an Positionen verliert.

Hier sei die These vertreten, dass der Aufstieg der Linken nun auch im Westen nicht allein Resultat linker Politik ist. Sicher spielen auch politische Angebote und Personen eine Rolle, aber es ist vor allem das Ergebnis der Politik der herrschenden Eliten in den vergangenen 10 bis 15 Jahren. Knapp zwei Jahrzehnte nach der Implosion des Staatssozialismus in Europa, die ja alles Linke nach unten drückte, erfährt das »Gespenst« eine Wiederbelebung. Nahezu be-soffen vom Siegestaumel haben sich die herrschenden Eliten in den kapitalistischen Metropolen daran gemacht, ohne alle Schamgrenzen Sozialabbau zu betreiben.

In Deutschland kommen nahezu 80 Prozent der Staatseinnahmen aus Steuern der Lohnabhängigen und anderer Bezieher kleiner bis mittlerer Einkommen, vor allem aus den Lohnsteuern und aus einer Reihe indirekter Steuern – von der Mehrwertsteuer bis zur Tabaksteuer. Die andere Seite wurde mit der Liechtensteinaffäre schlagartig verdeutlicht: Ein erheblicher Teil der herrschenden Eliten begeht in großem Umfang Steuerhinterziehung, sie betrügen den eigenen Staat.

Im europäischen Vergleich ist Deutschland das Land, in dem in den letzten zehn Jahren die Schere zwischen Arm und Reich am weitesten auseinander gegangen ist. Dass die soziale Situation in Deutschland zunehmend problematischer wird, ist mittlerweile auch von Beobachtern wahrgenommen worden, die ansonsten einer gesellschaftskritischen Sicht weitgehend unverdächtig sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat Anfang März eine Analyse veröffentlicht, nach der die Mittelschichten schrumpfen und es Anzeichen für eine dauerhafte Polarisierung der Einkommen gibt. Zwischen 2000 und 2006 sei der Anteil der Mittelschicht von 64 Prozent auf 56 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Armen sei von knapp 18 Prozent auf reichlich 23 Prozent angestiegen. Die Reichen vermehren sich auch, aber nur von 18 auf 20 Prozent. Auch wenn die Definitionen für die Kriterien als problematisch angesehen werden müssen (Mittelschicht wird bestimmt zwischen 70 und 150 Prozent des Einkommensmittels, in Zahlen zwischen 1 100 € und 2 500 € – mit 1 100 € Einkommen hat man aber wohl eher ein dürftiges Auskommen), so zeigt die Analyse doch den realen Trend auf: Die Abstiege sind deutlich häufiger als die Aufstiege. Das Armutsrisiko reicht weit in die Mittelschichten hinein. Insbesondere Hartz IV hat die Geschwindigkeit sozialer Abstiege erheblich beschleunigt. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und Paare mit Kindern.

Im politischen Raum wird die LINKE verstärkt als der Akteur wahrgenommen, der die reale Entwicklung deutlich beim Namen nennt, sich für die Benachteiligten engagiert und Veränderungen entwirft. Diese verstärkte Wahrnehmung hat den Aufstieg mit bewirkt, sie ist zugleich eine entscheidende Herausforderung.

DIETMAR WITTICH

KOLJA MÖLLER

Inspiration durch Gramsci: Hegemoniepolitik und Die Linke heute

»Du musst die Führung übernehmen« (B. Brecht)¹

Antonio Gramscis Hegemoniekonzeption erfreut sich bei der politischen Linken einer gewissen Beliebtheit. Die »Hegemonie des Neoliberalismus« ist Gegenstand der Kritik. Man will »Risse in ihr herbeiführen« und »Gegenhegemonien errichten«. Im wissenschaftlichen Raum ist Gramsci gegenwärtig vor allen Dingen in den internationalen Beziehungen und der Globalisierungsdebatte präsent. Kritische Ansätze versuchen hier die Internationalisierung und Transformation von Staatlichkeit in gramscianischen Kategorien der Hegemonie, des historischen Blocks oder der passiven Revolution zu analysieren (siehe Bieling/Deppe 1996, Cox 1983, Gill 2003). Wenig diskutiert ist dagegen die im engeren Sinne politische Seite Gramscis: seine Parteitheorie, seine Auffassung von kluger Politik und erfolgreicher Strategieentwicklung fortschrittlicher Kräfte in modernen Gesellschaften. Wenig reflektiert – dies gilt insbesondere für die politische Linke – sind die praktischen Implikationen einer Hegemoniepolitik unter Bedingungen des Neoliberalismus. Hegemonie – so scheint es – wird gerne im Munde oder in der Feder geführt, doch letztlich kommt sie über den Status eines einigermaßen heuristischen Analyseinstruments oder eines hohen, aber nicht wirklich einzulösenden Anspruchs an politisches Handeln nicht hinaus.

Meine These ist, dass es lohnt, die Hegemoniekonzeption Gramscis im stärkeren Maße als Leitfaden für die inhaltliche und strategische Ausrichtung linker Politik zu nutzen. Gramsci selbst ordnet der Hegemoniekonzeption eine »erkenntnistheoretische Tragweite« zu (Gramsci 1991 ff., Heft 10, Teil II, § 12: 1264), die sowohl zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse als auch zur Strategieentwicklung der Linken einen Beitrag leisten kann. Dabei knüpfe ich an einen postmarxistischen Diskussionsstrang an, der Gramscis Hegemoniekonzeption nicht nur unter staatstheoretischen Gesichtspunkten, sondern ebenfalls unter dem Fokus politischer Rationalitäten und einer spezifischen Logik des Politischen betrachtet (siehe Laclau/Mouffe 2001: insbes. 47 ff., 139, Marchart 2007: 107). Hegemonie bezeichnet hier nicht nur die Konstellationen der »Vorherrschaft«, die sich in historischen Blöcken bündeln und periodisieren lassen. Sie richtet den Blick auch auf die Herausbildung solcher Konstellationen in der Sphäre des Politischen.² Da Gramscis politische Theorie maßgeblich »Parteitheorie« ist (siehe Deppe 1987: 425), unterbreite ich schließlich einige Vorschläge für eine gramscianisch inspirierte Politik der neuen Partei Die Linke.

Kolja Möller – Jg. 1983, studiert Politikwissenschaften in Frankfurt am Main; Mitglied im Bundesvorstand des Studierendenverbandes Die Linke.Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband (Die Linke.SDS) und Kreistagsabgeordneter für Die Linke im Main-Taunus Kreis.

1 Den Begriff »Führung« verwende ich in diesem Text nicht im Sinne von äußerlich-repressiver Verhaltenssteuerung. In Anlehnung an Foucaults Überlegungen zu einer »Analytik der Regierung« nimmt der Begriff der Führung hier die Kontaktpunkte von Techniken der Selbstführung der Individuen und ihrer Fremdführung in den Blick (siehe Foucault 2006a: 140 ff., Burchell 1996: 20).

2 Laclau und Mouffe gehen davon aus, dass »Hegemo-

Der Charme der Hegemoniekonzeption

Gramscis Hegemoniekonzeption zielt auf die komplexen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in modernen kapitalistischen Gesellschaften (Buckel/Fischer-Lescano 2007: 11). Diese gründen sich nicht nur auf bloßen (staatlichen) Zwang, der den Individuen gegenübertritt, sie werden vielmehr durch gesellschaftliche Konsensbildung stabilisiert (Gramsci 1991 ff. Heft 10, Teil 1, § 12: 1249): »Die normale Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt ...« (Gramsci 1991 ff., Heft 13, § 37: 1610).

In sozialen und politischen Auseinandersetzungen muss es einer Gruppe gelingen, das eigene, besondere Interesse zum allgemeinen Interesse zu erheben und so »hegemonial« zu machen. Andere Interessenlagen müssen dazu gebracht werden, das jeweils besondere Interesse einer Gruppe als Allgemeines anzuerkennen. Dieser Kampf um die Konsensbildung spielt sich auf dem Terrain der so genannten Zivilgesellschaft ab. Sie grenzt sich von staatlichen Zwangsapparaten ab und umfasst beispielsweise Vereine, Bürgerinitiativen, Betriebe, öffentliche Räume, Schulen, Universitäten, kurz: sie umfasst das Zusammenleben. Sie ist Ort hegemonialer Auseinandersetzungen. Hier konstituieren sich die Lebens- und Wahrnehmungswelten der Menschen, die in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingebunden sind und diese gleichzeitig konstituieren. Hegemonien weisen eine eigene Materialität auf, eine Verdichtung und Stabilität, die eine »gelebte, habituelle und gesellschaftliche Praxis« darstellen (Eagleton 2000: 136). Sie sind nicht auf eine ideologische Verkleisterung ökonomischer Basiskonflikte zu reduzieren. Bei Hegemonien handelt es sich deshalb ausdrücklich nicht um »individuelle Schrullen« (Gramsci 1991 ff., Heft 7, § 21: 877), sondern um verfestigte Bewusstseinsformen, die das *harte Holz* der Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausmachen. Dadurch rücken Phänomene in den Blick, die wir für selbstverständlich und eher vorpolitisch halten: unsere ethisch-politische Weltauffassung, Deutungsmuster, Gegenwartsdiagnosen, Vorstellungen von dem, was »Natürlich« und »Unnatürlich« ist. Diese (Wahrnehmungs-) »Prismen« und »Filter« werden durch die Hegemoniekonzeption politisiert und in den Horizont der Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeordnet (Fontana 1993: 8). Auch die Grenzziehungen zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen Agenda und Non-Agenda sowie die Produktion von Handlungsdruck, die Rolle statistischer Erhebung und wissenschaftlicher Expertise für die Durchsetzung politischer Projekte können so »politisch« betrachtet werden.

Die Trennung zwischen staatlichen Zwangsapparaten (Staat im engeren Sinn) und ziviler Gesellschaft, wie sie insbesondere in der Tradition Max Webers präsent ist, hebt Gramsci in seiner Konzeption des erweiterten, integralen Staates auf (Gramsci 1991 ff., Heft 6, § 88: 783). Dieser umfasst sowohl die staatlichen Zwangsapparate als auch zivilgesellschaftliche Strukturen. Gramscis Ansatz kontrastiert damit einerseits zu bestimmten »marxistischen« Traditionslinien, die dazu neigen, einen reduktionistischen Begriff der Produk-

nie« in der Diskussion der sozialistischen Arbeiterbewegung ursprünglich eingeführt wurde, um dem Problem wachsender Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse zu begegnen (Laclau/Mouffe 2001: 8 ff.).

tionsverhältnisse aufzunehmen und den Staat ausschließlich unter Gesichtspunkten physischer Gewaltamkeit und der direkten Durchsetzung ökonomischer Klasseninteressen zu analysieren (siehe kritisch dazu Poulantzas 2002: 41 ff.). Andererseits kontrastiert Gramscis Ansatz aber genauso mit einer optimistisch-verklärten Sicht auf die Zivilgesellschaft, wie sie z. B. in den aktuellen Diskussionen um Global Governance vertreten werden (siehe z. B. Schwan 2007). Gramscis Zivilgesellschaft ist ausdrücklich kein Raum der herrschaftsfreien Deliberation. Sie bildet das Terrain der Auseinandersetzungen um »Vorherrschaft«: Zivilgesellschaft ist, wie Gramsci zeigt, noch nicht einmal eine umgrenzte Sphäre der Gesellschaft, sondern das Ensemble all dessen, was in einer Gesellschaft relevant ist für das Ringen um Hegemonie oder für die Bildung eines geschichtlichen Blocks als Grundlage politischer Macht« (Haug 2004).

Insofern plädiert Gramsci für einen ausgesprochenen Zivilgesellschaftsrealismus und einen analytischen Blick auf die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge. Gleichzeitig bleibt sie das Terrain, auf dem hegemoniepolitische Ressourcen und Veränderungen generiert werden.

Dabei bezieht sich der Verallgemeinerungsprozess der Interessenlagen immer auf bestimmte soziale Gruppen. Das »eigentlich politische Element« besteht jedoch »darin ..., dass auch andere und untergeordnete Gruppen ihre Interessen übernehmen und teilen« (Demirovic 2007: 30). In diesem »eigentlich politischen Moment« ringen soziale Gruppen um die Definitionshoheit über das Allgemeinwohl. Hegemonie ist somit konstitutiv mit der Fähigkeit zu politischer Führung und Verallgemeinerung verbunden, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Parteien bewiesen werden muss (Gramsci 1991 ff., Heft 10, Teil I, § 7: 1238 f.). Damit ist eine besondere Sphäre mit eigenen Spielregeln und eigener Funktionslogik gemeint. Gramsci behauptet eine relative Autonomie des Politischen, in der sich »Parteien« geschickt behaupten, große und kleine Politik betreiben und vermitteln müssen (Deppe 1987: 423 ff.). Das Politische ist ein Feld der Problematisierung, das auf gesellschaftliche Konfliktlinien bezogen bleibt, ohne sie im Verhältnis »eins zu eins« zu spiegeln. Unterschiedliche Interessenlagen und Weltauffassungen werden in ein gemeinsames Artikulationsverhältnis gestellt (Laclau/Mouffe 2001: 130). Um hegemoniefähig zu werden, müssen politische »Parteien« auf der Klaviatur dieser Artikulationsprozesse spielen.

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe arbeiten diese These zur Funktionslogik des Politischen aus Gramscis Hegemoniekonzeption heraus und erweitern sie um die Vorstellung von »Äquivalenzketten«, in der unterschiedliche Interessenlagen und Subjektpositionen in ein gemeinsames Verhältnis hegemonialer Artikulation gesetzt werden. Sie versuchen so die polittheoretischen Defizite des Arbeitsbewegungsmarxismus einzuholen, der das Politische aus einem ökonomistisch reduzierten Begriff der Produktionsverhältnisse »abgeleitet« hatte. Vielmehr gehen sie – unter Rückgriff auf Louis Althusser – von einem anderen Gesellschaftsbegriff aus, in dem unterschiedliche Instanzen (Ökonomie; Staat, Ideologie) verknüpft werden, die jeweils relative Autonomie genießen und gerade nicht

direkt durch die »ökonomische Basis« determiniert sind (siehe Althusser 1977).

Das Politische als Feld zu begreifen, auf dem sich Äquivalenzketten herausbilden, bedeutet einen grundsätzlichen Perspektivenwechsel: Unterschiedliche Positionen sind nicht »notwendig« miteinander verknüpft, vielmehr ist es Aufgabe politischen Handelns, die Verkettung unterschiedlicher Kämpfe und Interessenlagen praktisch herzustellen (ebenda: 178, 185, Mouffe 2005: 38). Am Beispiel der aktuellen Diskussionen um das »Prekariat« lässt sich dies verdeutlichen. Ein Gedankenspiel: Wird die »Verwundbarkeit« (siehe Castel 2000: 360 f.) in materieller und rechtlicher Hinsicht als Kriterium für das Prekariat zum Ausgang genommen, fallen hierunter sowohl Beschäftigte im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors als auch Wissensarbeiter oder Free-Lancer in der IT-Branche. Prekarierte Wischmobs treffen auf prekarierte Laptops. Es liegen vollkommen verschiedene Arbeits- und Lebenswelten vor. Zusätzlich sind die Prekarierten keine geschlechtsneutralen Subjekte, sondern Männer und Frauen, die sich durch die diesbezüglichen Zuschreibungen und Machtverhältnisse hindurch konstituieren. Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen werden zwar durch die wachsende Zone der Verwundbarkeit zunehmend zu Zugeständnissen an die Arbeitgeberseite gezwungen, beharren aber schon erst einmal auf der Sicherung und Stabilisierung ihrer Arbeitsverhältnisse. Da Prekarität auch als »Herrschaftsform« (Bourdieu) problematische Auswirkungen auf die Möglichkeiten demokratischer Partizipation hat, erwärmen sich linksliberale Kreise für die Diskussion um das »Prekariat« unter eher demokratiepolitischen Gesichtspunkten. Kommt dann noch das Verhältnis von In- und Ausländern ins Spiel, erweitert sich das Gedankenspiel um eine weitere Dimension.

Die Konzeption von Äquivalenzketten versucht aus dieser Unübersichtlichkeit ein Modell zu entwickeln, das politische Handlungsfähigkeit ermöglicht. Dabei rücken Laclau und Mouffe von der Vorstellung ab, Interessen ließen sich schematisch unter im engeren Sinne ökonomischen Erwägungen bestimmen. Im Gegenteil überlagern sich gesellschaftliche Machtverhältnisse, Diskurse und Praktiken. Um im Politischen handlungsfähig zu werden, müssen unterschiedliche Interessenlagen in Form und Inhalt »verkettet« werden.

Der Hinweis darauf, dass alles mit allem zusammenhänge oder sich das Eine durch Andere ausdrücke, reicht in diesem Sinne als hegemoniepolitische Fundierung nicht aus. Im Gegenteil erzeugt eine ernst gemeinte Hegemoniepolitik Zusammenhänge nicht, indem sie spekulative Strukturzusammenhänge zu einem »verborgenen Gott« (Gramsci 1991 ff., Heft 10, Teil 1, § 8: 1241) erhebt, der sich in allen gesellschaftlichen Problemlagen »ausdrückt«, sondern indem sie Spannungen zwischen unterschiedlichen Interessenlagen anerkennt und gleichzeitig durch Verknüpfung und gemeinsame Artikulation politisch handlungsfähig macht.³

Der Charme der Hegemoniekonzeption besteht in diesem Wechselspiel: Sie kann auf der einen Seite erklären, wie sich soziale und politische Einheit und eine Verfestigung komplexer Macht- und Herrschaftsverhältnisse herausbilden, auf der anderen Seite öffnet sie den Blick für die Möglichkeitsspielräume fortschrittlicher Politik

3 Zur Kritik von Konzeptionen expressiver Kausalität siehe Althusser/Balibar 1997: 186 ff., Demirovic 1987: 18 ff.

(Laclau/Mouffe 2001: 48 ff.). Für die Parteien ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe: Sie müssen die (vor-)politischen Selbstverständlichkeiten bearbeiten. Dafür benötigen sie ein kohärentes Programm »intellektueller und moralischer Reform« (Gramsci 199 ff., Heft 13, § 1: 1539), das in Form und Inhalt bestehende Weltauffassungen herausfordert und einen alternativen Entwicklungsweg propagiert. Gleichzeitig sollten sie im (engeren) politischen Moment präsent sein und geschickt mit seiner Funktionslogik arbeiten.

4 In der gegenwärtigen Rezeption von Gramscis Parteitheorie wird v.a. von ihrer Flexibilität ausgegangen: Auch Zeitschriften, einzelne organische Intellektuelle usw. könnten unter bestimmten Umständen die Rolle einer »Partei« übernehmen. Ich gehe hier aber erstmal davon aus, dass Partei auch Partei in einem engeren Sinne bedeuten kann.

Der moderne Fürst – Drei Aspekte der Parteitheorie Gramscis⁴

Gramsci greift auf Machiavellis »Der Fürst« zurück, um die Aufgaben und Herausforderungen der kommunistischen Parteien zu beschreiben. Sie spielen die Rolle von »modernen Fürsten«. Dabei begreift Gramsci Machiavelli nicht als Stichwortgeber für rücksichtsloses Machthandeln, zu dem er fälschlicherweise in der populärwissenschaftlichen Literatur gemacht wird. Er legt eine republikanische Lesart des »Fürsten« nahe: Gramsci liest ihn als »politisches Manifest« (Gramsci 1991 ff., Heft 13, § 1: 1535), das davon handle, »wie der Fürst sein muss, um ein Volk zur Gründung eines Staates zu führen« (ebenda: 1536). Machiavelli lege einen Aufruf vor, um zu einer Vereinigung Italiens und zur Überwindung des Kleinkrieges zwischen den Fürstentümern zu gelangen.

Ähnlich wie Machiavelli in der frühen Neuzeit das Politische aus dem Horizont des Religiösen herauslöst und säkularisiert, bricht Gramsci mit einer mechanistischen Perspektive auf das Politische. Bei ihm bleibt es zwar auf die Produktionsverhältnisse bezogen, bildet aber eine eigene Sphäre, die offen für Kontingenzen und geschicktes politisches Handeln ist. Um die Herausforderungen des Politischen zu meistern, entwirft Gramsci Anforderungen an die modernen Fürsten. »Der moderne Fürst, der Fürst-Mythos kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum sein, er kann nur ein Organismus sein; ein komplexes Gesellschaftselement, in welchem ein Kollektivwille schon konkret zu werden beginnt, der anerkannt ist und sich in der Aktion teilweise schon bewährt hat« (Gramsci 1991, Heft 13, § 1: 1537).

Demnach konzipiert Gramsci den modernen Fürsten *erstens* als komplexen »Kollektivwillen«. Die Partei wäre somit eine Art Bündiskonstellation, in der sich ein Kollektivwille herausbilden kann. Sie muss beides leisten: Die Fähigkeit zur Verallgemeinerung unter Beweis stellen und das Besondere anerkennen. Die Partei nimmt unterschiedliche Interessen auf und assoziiert sie in einem Kollektivwillen, der in der Auseinandersetzung um Hegemonie bestehen kann. Die Pluralität von Interessenlagen und Spannungen innerhalb des Kollektivwillens sind notwendige Bestandteile der Partei, die produktiv gemacht und ausgetragen werden müssen. Diese Form der Assoziation reicht allerdings nicht aus. *Zweitens* benötigt der moderne Fürst ein Programm »intellektueller und moralischer Reform«, das auf der Ebene der Weltauffassung und des Alltagsverständs der Menschen Veränderungen bewerkstelligt. Dafür gilt es das »gesamte System intellektueller und moralischer Verhältnisse« in einer Gesellschaft zu bearbeiten (Gramsci 1991 ff., Heft 13, § 1:1540), d.h. auch kulturelle und lebensweltliche Fragen in den

Blick zu nehmen. Die moralische und intellektuelle Reform soll zu einer »höheren und totaleren Form moderner Zivilisation« führen (ebenda). Der moderne Fürst beansprucht in Form und Inhalt, maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft zu nehmen. Er kämpft um die Modernität. Er will nach vorne. *Drittens* kann ein solches Programm »moralischer und intellektueller Reform« nicht voluntaristisch erfunden werden. Es setzt vielmehr an bestehenden Konstellationen an. Die Suche und die Entwicklung eines solchen Programms ist kein abstrakter Ideenwettbewerb. Ein Programm moralischer und intellektueller Reform wird aus sozialen Auseinandersetzungen, militanter Untersuchung und politischer Praxis destilliert. Dabei verknüpfen sich politische Inhalte mit politischen Organisationsformen. Ein Programm moralischer und intellektueller Reform thematisiert insbesondere (vor-)politische Selbstverständlichkeiten, etabliert andere Wissensformen und Führungsmechanismen.

Der moderne Fürst sollte aber schon »anerkannt« sein und sich »bewährt« haben. Dies ist ein interessanter Aspekt, der Forderung Gramscis nach einem »dem Jakobinismus gewidmeten Teil des Fürsten«: »Der moderne Fürst muss einen dem Jakobinismus (in der umfassenden Bedeutung, die diese Bezeichnung historisch gehabt hat und begrifflich haben muss) gewidmeten Teil haben, als Beispiel dafür, wie ein Kollektivwille konkret sich herausbildet und gehandelt hat, der zumindest in einigen Aspekten eine Neuschöpfung, ursprünglich war« (ebenda: 1538).

Der Jakobinismus steht in dieser Verwendung für die Tradition demokratischer Revolutionen (Valenza 1976: 11). Der moderne Fürst bezieht sich hier einerseits auf Bestände des politisch Imaginären, einer bestimmten, etablierten Matrix, die unser Nachdenken über das Politische strukturiert (Mouffe/Laclau 2001: 152 ff.). Auf diesem Feld ringen politische Strömungen um historische Bezugspunkte und Deutungsmacht. Gleichzeitig jedoch schlägt der Fürst neue Modalitäten und Ordnungen vor, um die bestehenden Realitäten radikal zu überwinden (Fontana 1993: 99). Auch hier entsteht ein Wechselspiel zwischen der notwendigen Bezugnahme auf bestehende Realitäten und Bewusstseinsformen und dem Programm einer moralischen und intellektuellen Reform.

Hegemoniepolitik und Die Linke

Die Linke tritt in eine weitere wichtige Phase ein. Nachdem Linkspartei und WASG die organisatorischen Hürden der Parteiverschmelzung überwunden und sich auf programmatische Eckpunkte geeinigt haben, geht es nun darum, die inhaltlich-strategische Ausrichtung der neuen Linken sowie ihren Platz im politischen System und im gesellschaftlichen Leben zu bestimmen. In den »Blättern für deutsche und internationale Politik« wurden drei Zukunftsszenarien für die neue Linke entworfen (siehe Scharenberg 2007): Entweder suche sich die Linkspartei (1) die Rolle der KPD der 20er Jahre als »ideologische Trutzburg«, werde (2) zu einer Art »Sozialstaatspartei« trade-unionistischen Typs oder etabliere sich (3) als »linke Volkspartei«. Wie auch immer man im Einzelnen zu diesen Zukunftsszenarien steht, sie verweisen auf die Notwendigkeit, eine in-

haltlich-strategische Orientierung für die nächsten Jahre und eine Selbstbeschreibung des Projekts zu entwickeln.

Dazu können Programmkommissionen Impulse geben, faktisch jedoch bilden sich solche Selbstbeschreibungen in der politischen Praxis heraus. Vielleicht ist es lohnenswert, politische Ansätze zum Ausgangspunkt zu nehmen, die auf den ersten Blick übergreifend von Mitgliedern, vom politischen Umfeld und im Funktionärskörper geteilt werden. Sie können als Leitfaden in der Diskussion um die inhaltlich-strategische Ausrichtung der neuen Partei dienen und so unterschiedliche Positionen und Vorstellungen auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin prüfen. Einen solchen Leitfaden könnte Gramscis Hegemoniekonzeption abgeben. Aus dieser gramscianisch inspirierten Perspektive sind jedoch einige Implikationen für Diskussion um die inhaltlich-strategische Ausrichtung der Partei verbunden.

Dies betrifft *erstens* das Verhältnis von Hegemoniepolitik und wahrarithmetischer Analyse. Die Linke ist auf weitere Wahlerfolge in Ost und West und auf eine »wahlpolitische« Orientierung angewiesen, die positive Korrelationen mit bestimmten Wählerspektren und Parteien zum Ausgang nimmt (siehe z. B. Walter et al. 2007). Ohne eine wahlpolitische »Bewährung« und »Anerkennung« der neuen Linken versumpft auch die Diskussion entlang eines Leitfadens um Hegemonie. Eine inhaltlich-strategische Ausrichtung mit dem Ziel, neue Hegemonien zu errichten, kann aber ausdrücklich nicht nur auf wahrarithmetischen Überlegungen fußen. Vielmehr gilt es zu einer qualitativen, inhaltlichen Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Interventionsfelder und Möglichkeitsspielräume linker Politik vorzudringen. Hegemoniepolitik kann nicht wahrarithmetisch bestimmt werden. Sie muss inhaltlich fundiert sein, damit sich zumindest ansatzweise Konturen eines Programms »moralischer und intellektueller Reform« herausbilden können. Dabei sollten in hegemoniepolitischer Perspektive zwei Aspekte berücksichtigt und aufgenommen werden: Um in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung längerfristige Fortschritte zu erzielen, sollte Die Linke *einerseits* deutlicher machen, dass sie tatsächlichen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen will. Sie muss den Kampf um die Modernität und eine »Gesellschaftsalternative« (Fausto Bertinotti) annehmen und Wege in diese Richtung suchen.⁵ Die Politik der Linken darf nicht nur als gerechter oder besser gemeint, sondern sollte in Form und Inhalt als überlegen und zeitgemäß wahrgenommen werden. Die positiven Prognosen eines bundesweiten Wählerblocks von über 10 Prozent sind schmeichelhaft, können aber auch zu inhaltlicher Genügsamkeit führen. Statt sich schwerpunktmäßig darauf zu beschränken, den anderen Parteien Ressourcen streitig zu machen, erfordert eine hegemoniepolitische Ausrichtung weitergehende Akzente: Deutliche inhaltliche Alternativen, Präsenz in den sozialen Kämpfen und in der – gramscianisch verstandenen – Zivilgesellschaft, Erneuerung linker Politik unter Bedingungen der Globalisierung und des Finanzmarktkapitalismus, Verbindungen in gesellschaftliche Teilbereiche, in die Gewerkschaften und in das kulturelle Leben ausbauen und auf qualitative (nicht bloß rhetorische oder traditionale) Grundlagen stellen. Dazu

5 Auch dem demokratischen Sozialismus wäre damit gedient, stärker unter dem Gesichtspunkt einer Gesellschaftsalternative thematisiert und auch historisch rekonstruiert zu werden, statt »als Weg, als Ziel und als Wertesystem«, alles und nichts zu sein.

bräuchte es zuvorderst eine ernsthafte Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und ihrer Widerspruchskonstellationen, um Ansatzpunkte auszumachen. Die Partei müsste in stärkerem Maße Räume für Aufklärung zu Verfügung stellen. So können inhaltliche Diskussionen unter Beteiligung der Mitgliedschaft geführt, die politische Kultur der Partei entkrampft und anti-autoritär geöffnet werden.

Andererseits bedeutet eine hegemoniepolitische Ausrichtung eine Reflexion der politischen Formen und des Machttypus, den die Partei repräsentiert. Ein Programm moralischer und intellektueller Reform sollte nicht nur inhaltlich, sondern auch in seinem »Führungsstil«, in seiner politischen Kultur und den Kommunikationsstrukturen begründet sein. Vielleicht sind es weniger die inhaltlichen Vorschläge der Linken als der antiquierte Machttypus, den sie bisher repräsentiert, der ihr den Vorwurf des Konservatismus einbringt. Techniken der Führung, insbesondere der Selbstführung der Individuen, haben sich in den letzten Jahren massiv gewandelt und damit auch die Erwartungshaltungen an überlegene Machttypen und Steuerungsformen. Das Zeitalter des Neoliberalismus ist durch eine spezifische Gouvernamentalität gezeichnet, die die Machtverhältnisse und (Selbst-)Führungstechniken restrukturiert (siehe Foucault 2006a, 2006b). Eher dezentrale Steuerungsmechanismen, Teamarbeit und Einbindungstechniken sind auf dem Vormarsch, auch wenn Gegentendenzen und Brüche festzustellen sind. Freilich ist dieser Umbau nicht selten mit einer neoliberalen Agenda verbunden und politische Ansätze, eine Art »Neoliberalismus von links« zu praktizieren, sind seit der Mitte der neunziger Jahre in Europa grandios gescheitert. Trotzdem kann eine linke Politik im Neoliberalismus nicht hinter das Niveau dieser etablierten Machttypen zurückfallen und so tun als wäre nichts gewesen. Sie muss selbst politische Praktiken und Führungsmechanismen entwerfen, die das inhaltliche Anliegen eines »Bruchs nach vorne« mit dem Neoliberalismus befördern. Die Konturen eines Programms moralischer und intellektueller Reform sind in hegemoniepolitischer Perspektive nicht nur inhaltlich-konzeptuell, sondern auch auf der Ebene der politischen Kultur und des Führungsstils zu suchen, den die Partei nach innen und außen pflegt.

Diese beiden Aspekte schlagen den Bogen zu Gramscis Parteiethorie. Der moderne Fürst verkörpert einen Modus politischer Führung und Verallgemeinerung. Er kann ihn aber nur entwickeln, wenn er sich selbst lernend und dialogbereit den gesellschaftlichen Verhältnissen stellt, um sie mit einem radikalen politischen Programm zu konfrontieren.⁶ Das Verhältnis der Führung und des Geführtwerdens ist bei Gramsci keine autoritäre Bevormundung einer der beiden Seiten. Es stellt ein pädagogisches Verhältnis dar, in dem die Rolle des Lernenden und des Lehrenden ständig wechseln (Fontana 1993: 106 f.).

Zweitens gilt es, an der Herausbildung eines »Kollektivwillens« zu arbeiten. Ein solches Gebilde wird durch politisches Handeln aktiv hervorgebracht. Unterschiedliche Interessenlagen müssen anerkannt und verknüpft werden. Laclau und Mouffe radikalisieren Gramscis Ansatz und führen den Begriff der »Äquivalenzketten«

6 Radikalität und Dialogbereitschaft schließen sich hier ausdrücklich nicht aus, sie bedingen einander.

ein, die sich durch das Prinzip gemeinsamer Artikulation unterschiedlicher Anliegen herausbilden. So kommen Verallgemeinerung und Besonderheit in ein ausgewogenes Verhältnis. Die politische Partei spielt die Klaviatur der Verallgemeinerung und Verknüpfung, sie kennt aber gleichzeitig die besonderen Interessenlagen und fegt sie nicht hinweg. Dafür sind gegenwärtig zwei weitere Anliegen zentral: Zum einen sollte Die Linke den Mut zu einer erneuerten, klassenanalytischen Fundierung ihrer Politik aufbringen. Die Veränderungen und Differenzierungsprozesse in den Produktionsverhältnissen und das Auftauchen von Prekarisierungstendenzen sind Grund genug, um mit einem geschärften Blick unterschiedliche Interessenlagen der Klassenfraktionen nachzugehen und sie inhaltlich-konzeptuell aufzugreifen, statt die »Einheit der Arbeiterklasse« rhetorisch zu beschwören, aber praktisch politisch nichts dafür zu tun. Zum anderen gilt es, die Vielfalt der Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzuerkennen und zum Ausgangspunkt einer politischen Agenda zu machen. Dazu gehören Fragen der Demokratiepoltik, der Migration und der Gleichstellung. Es geht um nichts weniger, als die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse »gesellschaftlich« und nicht bloß »ökonomisch« zu begreifen. Nebenbei bemerkt: Dies kommt dem Marxschen Anliegen universeller Emanzipation näher. Schließlich gilt der kategorische Imperativ, »... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen« ist (MEW 1: 385).

Dass linke Politik ein Programm universeller Emanzipation befördern sollte, geht über den Status eines normativen Fluchtpunktes hinaus. Es ist eine Erwartungshaltung an Die Linke, die tief in der Bevölkerung verwurzelt ist. Dazu tritt eine andere Komponente des Alltagsverstands: Von einer politischen Partei wird erwartet, dass sie mehr darstellt als eine »Spiegelung« bestimmter Interessen einzelner Klassenfraktionen im politischen Raum. Sie braucht ein Programm moralischer und intellektueller Reform, das Interessen verbindet und artikuliert. Sie muss sich geschickt in der Sphäre des Politischen verhalten und gewissermaßen mit dieser Funktionslogik »spielen« können.

Drittens schließlich gilt es darüber zu diskutieren, welche Bestandteile des politisch Imaginären Die Linke anruft. Dabei ist das politisch Imaginäre weniger zu begreifen als in sich stimmiger Bestand, sondern als Ebene, die sich aus unterschiedlichen Bestandteilen historisch-politischer Geschichte zusammensetzt. Die demokratische Revolution, auf die Gramsci in seiner Machiavelli-Rezeption anspielt, ist dort genauso präsent wie die konservative Revolution und wahrscheinlich vieles dazwischen. Die Linke hat sich über das in der Bevölkerung der BRD tief verankerte Prinzip der Sozialstaatlichkeit konstituiert. Fraglich ist häufig, ob sie diesen Bestandteil des politisch Imaginären anruft und mit der Tradition der demokratischen Revolution, der Aufklärung und ihres universellen Emanzipationsversprechens verbindet oder ob sie sie eher mit konservativen, fortschrittsskeptischen Bestandteilen anreichert. Beide Strategien erscheinen in Zeiten, in denen alle anderen Parteien weder links noch rechts sein wollen, rein wahlarithmetisch Erfolg versprechend (siehe Walter 2007: 339 ff.).

Die Linke darf sich hier jedoch keine Zweideutigkeit erlauben. Sie sollte genau herausarbeiten, welche Bestandteile des politisch Imaginären sie anruft und von welchen Bestandteilen sie sich programmatisch grundsätzlich abgrenzt. Das Prinzip der Sozialstaatlichkeit, der Demokratie und der Anspruch auf universelle Emanzipation sind elementare Bestandteile des politisch Imaginären der Linken. Ihre Kritik am globalisierten Kapitalismus bezieht sich im Kern nicht auf den Verlust von Traditionen oder Moral, nicht auf die Auflösung traditionaler Bindungen und die Herausbildung komplexer gesellschaftlicher Strukturen. Sie nimmt im Gegenteil zum Ausgang ihrer Kapitalismuskritik, dass die kapitalistische Produktionsweise strukturelle Hürden für die Realisierung der im Modernisierungsprozess angelegten Freiheitspotentiale aufbaut (siehe Gysi 2007: 310, Lafontaine 2007).

Konkret wird dies beispielsweise am Verhältnis der Linken zur Globalisierung und zur Europäischen Union: Ist Die Linke alter- oder antimondialistisch? Ist sie für eine andere europäische Union oder die Restituierung eines nationalstaatlichen Souveränismus? Provokanter formuliert: Knüpft Die Linke an der in der Bevölkerung weit verbreiteten Hoffnung auf eine europäische Einigung, auf Frieden und soziale Sicherheit in einer demokratischen EU an oder entwirft sie normativ und strategisch nicht überzeugende Strategien der Renationalisierung? Arbeitet Die Linke gemeinsam mit Parteien aus der eher eurokommunistischen Tradition an einer europäischen Gesellschaftsalternative und einer Stärkung der Partei der europäischen Linken? Oder stärkt sie einen linkspopulistisch-euroskeptischen Parteienblock?

Wie auch immer: In allen drei Bereichen – politische Kultur und Führungsfähigkeit, Herausbildung eines Kollektivwillens, Anrufung des politisch Imaginären –, die für ein Programm moralischer und intellektueller Reform notwendig zu diskutieren sind, besteht Handlungs- und Klärungsbedarf. Das politische Zentrum der neuen Linken ist gefordert, mit eigenen Vorschlägen aufzutreten und aus dem inhaltlich-strategischen Dornröschenschlaf zu erwachen. Dies erscheint vielversprechender als dem innerparteilichen Markt der strömungspolitischen Möglichkeiten gärtnerisch-beihaltend – nach links und rechts – nachzukommen. Nur mit eigenen Vorschlägen für eine inhaltlich-strategische Ausrichtung der neuen Linken aus dem politischen Zentrum kann einer geradezu paranoiden Diskussionskultur vorgebeugt werden, in der jeder skeptische Einwand als reformistisch diffamiert und jeder gesunde Radikalismus mit Nasenrumpfen kommentiert wird. Für eine Neubegründung linker Politik im 21. Jahrhundert muss das politische Zentrum der Partei beherzt seine Funktion als inhaltlich-strategischer Impulsgeber wahrnehmen.

Literatur

- Althusser, Louis 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*, Hamburg.
- Althusser, Louis/Balibar, Etienne 1997: *Reading Capital*, London/New York.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank 1996: Neo-Gramscianismus in der internationalen politischen Ökonomie, in: *Das Argument* 38 (5/6), 729-740.

- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas 2007: Einleitung, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden, 11-18.
- Burchell, Graham 1996: Liberal government and techniques of the self, in: Barry, Andrew/Osborne, Thomas/Rose, Nikolas (Hrsg.) 1996: Foucault and political reason: Liberalism, Neo-liberalism and rationalities of government, Chicago, 19-36.
- Castel, Robert 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage, Konstanz.
- Cox, Robert W. 1983: Gramsci, Hegemony and international relations: An essay in method, in: Millennium, 12 (2), 162-175.
- Demirovic, Alex 1987: Nicos Poulantzas – eine kritische Auseinandersetzung, Berlin.
- Demirovic, Alex 2007: Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden, 21-41.
- Deppe, Frank 1987: Niccolò Machiavelli – Zur Kritik der reinen Politik, Köln.
- Eagleton, Terry 2000: Ideologie: eine Einführung, Stuttgart.
- Fontana Benedetto 1993: Hegemony and power – on the relation between Gramsci and Machiavelli, Minneapolis.
- Foucault, Michel 2006a: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung – Geschichte der Gouvernementalität 1, Frankfurt.
- Foucault, Michel 2006b: Die Geburt der Bio-Politik – Geschichte der Gouvernementalität 2, Frankfurt.
- Gill, Stephen 2003: Power and resistance in the new order, Houndmills.
- Gramsci, Antonio 1991 ff.: Gefängnishefte, Hamburg.
- Gysi, Gregor 2007: Ende der Geschichte? – Über die Chancen eines modernen Sozialismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 198 (4/2007), Berlin, S. 309-327.
- Haug, Wolfgang Fritz: 2004: Was tun? – Die verwandelte Wiederkehr der Gründungsfrage, in: UTOPIE kreativ, Heft 161, Berlin, S. 202-214.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2001: Hegemony and socialist strategy – towards a radical democratic politics, London/New York, 2. Auflage (1. Auflage 1985).
- Lafontaine, Oskar 2007: Freiheit durch Sozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 7. 2007.
- Marchart, Oliver 2007: Eine demokratische Gegenhegemonie- Zur neo-gramscianischen Hegemonietheorie bei Laclau und Mouffe, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang- Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden, S. 105-120.
- Mouffe, Chantal 2005: Exodus und Stellungskrieg – Zur Zukunft radikaler Politik, Wien.
- Poulantzas, Nicos 2002: Staatstheorie, Hamburg.
- Scharenberg, Albert 2007: Dem Morgenrot entgegen?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2007, Bonn, S. 520-524.
- Schwan, Gesine 2007: Good governance als programmatischer Baustein, in: Frankfurter Hefte 4/2007, Bonn, S. 5-11.
- Valenza, Pietro 1976: Einleitung, in: Valenza, Pietro (Hrsg.) 1976: Der historische Kompromiss, Hamburg, S. 7-12.
- Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Spier, Tim 2007: Die Linkspartei – Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden.
- Walter, Franz 2007: Die Linkspartei zwischen Populismus und Konservatismus – ein Essay über Vergreisung als Chance, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Spier, Tim 2007: Die Linkspartei – Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden, S. 339-343.

MARIO KESSLER

Zwischen Genfer Exil und Nachkriegsdeutschland

Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg zum 30. Januar 1933

Ernst Engelberg zum 99. Geburtstag am 5. April 2008

Dieser Beitrag befasst sich mit drei, im Jahre 1933 noch sehr jungen Wissenschaftlern: Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg. Sie gehörten zur politischen Linken und wurden sofort von den Nazis bedrängt und verfolgt. Zwei von ihnen, Mayer und Flechtheim, waren zudem Juden. Keinen von ihnen ließ das Datum des 30. Januar 1933 jemals los; wie sie das Thema später verarbeiteten, davon soll berichtet werden. Zunächst aber wird der Weg eines jeden der drei aus Deutschland ins Genfer Exil verfolgt, denn dies hatten sie gemeinsam: Sie fanden Zuflucht vor ihren Peinigern in der Stadt und an der Hochschule des Völkerbundes. Alle drei gestalteten in einem sehr langen Leben die wissenschaftliche und politische Kultur Deutschlands im 20. Jahrhundert mit. Hans Mayer (1907-2001) und Ossip Flechtheim (1909-1998) sind tot; Ernst Engelberg (geb. 1909) lebt in Berlin.

Mario Kessler – Jg. 1955, Prof. Dr., Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam. Jüngste Buch-veröffentlichungen: *On Anti-Semitism and Socialism* (2005); *Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung* (2005); *Ossip K. Flechtheim* (2007). Gegenwärtig u. a. Arbeit an einem Buch über die Anfänge der westdeutschen Kommunismus-Forschung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Von Hippokrates zu Hitler. Medizin ohne Menschlichkeit*, Heft 182 (Dezember 2005).

Hans Mayer: Ein Roter Kämpfer als Außenseiter der Arbeiterbewegung
Hans Mayer wurde am 19. März 1907 in Köln als Sohn bürgerlicher, »assimilierter« Juden geboren. Bereits früh erwachte Mayers Interesse an Literatur, Geschichte, Musik und Politik. Das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Köln, Berlin und Bonn verband er mit dem Engagement in der Arbeiterbewegung. Doch waren es weniger die Großorganisationen, SPD wie KPD, in denen er seinen Platz suchte, sondern die kleinen Gruppen der Außenseiter: 1931 war er Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und wurde Mitarbeiter ihres Theoretikers Fritz Sternberg. Von der SAP ging er, auf eine innere Erneuerung der kommunistischen Bewegung hoffend, im folgenden Jahr zur KPD-Opposition. Dieser antistalinistischen Gruppierung gehörte er bis 1935 an. Sofort nach Beginn des Naziregimes stellte er die Verbindung zwischen illegal arbeitenden KPO-Gruppen des Rheinlandes und Berlins her.¹ Bei einem der Treffs in Berlin riet ihm Robert Siewert, das Land zu verlassen. Hans Mayer ging zunächst nach Strasbourg.

1930 hatte Mayer in Köln, wo er bei Hans Kelsen wichtige fachliche Impulse erhielt, mit einer Arbeit über *Die Krisis der deutschen Staatslehre und die Staatsauffassung Rudolf Smends* zum Dr. jur. promovieren können. Anfang 1933 konnte er noch die Große Juristische Staatsprüfung absolvieren, doch wurde er unmittelbar danach aus dem preußischen Justizdienst entlassen. In Strasbourg arbeitete er zunächst als Redakteur der dortigen Tageszeitung der KPO, der *Neuen Welt*.

1 Dies nach einem Bericht von Erwin Lenz damals (KPO) vom 3. April 1996. Kopie im Besitz des Verfassers.

Mayers ernsthafte Hoffnung, die KPD möge die Lehren aus der Niederlage gegen die Nazis gezogen haben, führte allmählich zu seiner Annäherung an den »offiziellen« Kommunismus, ohne dass er der KPD beitrug. Die Außenseiter-Position, die er in der KPO und diese selbst im Exil einnahm, war ihm für einen erfolgreichen Kampf gegen Hitler zu wenig. Beruflich suchte er als Literatursoziologe Fuß zu fassen, indem er sich dem emigrierten Institut für Sozialforschung unter Max Horkheimer anschloss. Dieses hatte eine Zweigstelle in Genf eröffnet. Dort arbeitete Hans Mayer am Institutprojekt über Autorität und Familie mit. Sein alter Lehrer Hans Kelsen, wie Mayer aus Deutschland vertrieben und nunmehr am *Institut universitaire de hautes etudes internationales*, dem Internationalen Hochschulinstitut des Völkerbundes, tätig, gelang es, im Frühjahr 1935 Mayer ein Stipendium an dieser renommierten Einrichtung zu verschaffen.

Gründungsdirektor des Instituts war der in New York geborene Schweizer Wirtschaftswissenschaftler William Rappard, der lange in Harvard gelehrt hatte. Als Mitdirektor gewann er den französischen Politologen Paul Mantoux, der auch über diplomatische Erfahrung verfügte. Die beiden Direktoren luden politisch verfolgte junge Wissenschaftler ein. Zu ihnen gehörten auch der Völkerrechtler Hans (später John) Herz und der Historiker Edmund Silberner.

1982 suchte Mayer einzufangen, was er am 30. Januar 1933 gefühlt hatte: »Fackelzüge in jedem Dorf und Marktflecken: die Braunen gemeinsam mit den Nationalisten vom Stahlhelm, denn diese neue Reichsregierung schien ihnen gemeinsam zu gehören. Der Feldmarschall und sein böhmischer Gefreiter. Nun danket alle – wem?«²

»Wir sahen sie nicht, die Fackelzüge. Durch unseren damals noch »gutbürgerlichen« Vorort zogen sie nicht. Allein wir hörten sie am Radio. Zum ersten Mal konnte der Dr. Goebbels in Berlin seine gutgeschulten Jubler einsetzen. Die erkannte man sogleich am Tonfall, es waren die Sieger des Tages, daran war nichts, was verstören mochte. Allein die wohlbekannten Ansager und Reporter der Weimarer Ära schienen es denen nachzutun zu wollen. Woher denn nahmen sie die glückliche Zuversicht? Vielen von ihnen ging es tags darauf an den Kragen. Waren wir krank, oder diese da?«³

1969 leitete Hans Werner Richter, der Gründer der Gruppe 47, im Sender Freies Berlin eine Hörfunkreihe, in der auch Hans Mayer an den 30. Januar 1933 erinnerte. Für diesen Abend hatte die KPD in Köln eilends zu einer Massenkundgebung des Protestes in die Rheinlandhalle aufgerufen. »Die Stimmung war gedrückt«, so Mayer, »unruhig, was würde nun geschehen? Ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter war aus Berlin gekommen, Werner Hirsch, ein Jude, man hat ihn später umgebracht.⁴ Der gab sich zukunftsicher. Die sollen ruhig abwirtschaften. »Und dann kommen wir!« Man klatschte ein bisschen müde. Ich habe nicht geklatscht, das weiß ich genau. Ich wusste nichts, ahnte aber, das alles anders kommen würde.«⁵

»Alles war kurzfristig angelegt, man musste die Augenblickskrise überwinden, dann würde man weitersehen«, schrieb Mayer. »Mit Hilfe des neuen Reichskanzlers konnte man die sozialistischen Gewerkschaften zähmen, weitmöglich ausschalten. Wenn der Mohr seine Arbeit getan hatte, mit Schiller zu reden, würde man ihn gehen heißen. Dies war der Plan der Papen und Hugenberg und der Leute um Hindenburg.«⁶

2 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1982, S. 159 f.

3 Ebenda, S. 160.

4 Vgl. Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 315 f. Werner Hirsch starb am 10. Januar 1941 im Moskauer Butyrka-Gefängnis, offiziell an Herzversagen.

5 Hans Mayer berichtete von diesem Rundfunkgespräch in: Der Widerruf. Über Deutsche und Juden, Frankfurt a. M. 1994, S. 18.

6 Ebenda, S. 14 f.

7 Der NSDAP-Abgeordnete Gregor Strasser hatte am 10. Mai 1932 in einer Reichstagsdebatte die »große antikapitalistische Sehnsucht« des deutschen Volkes beschworen, die sich gegen eine »entartete Wirtschaft« wende und danach verlange, mit dem »Dämon Gold, Weltwirtschaft und Materialismus« zu brechen. Zit. in: Michael Sturm: Die antikapitalistische Sehnsucht, in: *Analyse & Kritik* vom 18. Mai 2007.

8 Mayer: *Der Widerruf*, S. 15.

9 Zur Biographie Flechtheims vgl. Mario Kessler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998), Köln etc. 2007.

10 Zu Löwenthal vgl. Oliver Schmidt: »Meine Heimat ist – die deutsche Arbeiterbewegung«. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Frankfurt a. M. etc. 2007.

11 Vgl. Jan Foitzik: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986, passim.

12 Mitteilung Ernst Engelbergs an den Verfasser, 19. März 1998.

»Ein Soziologe hatte kurz zuvor von einer »großen antikapitalistischen Sehnsucht« unter den Deutschen gesprochen«; damit erinnerte Mayer womöglich, ohne ihn zu nennen, an einen Ausspruch Gregor Strassers vor dem deutschen Reichstag.⁷ »Die Fackelzüge bedeuteten Verbrüderung, Gemeinschaft. Gleichzeitig aber auch Ankündigung künftiger Gewalttaten. »Wenn das Judenblut vom Messer spritzt ...« [...] Hindenburg hatte kurz zuvor noch, übrigens in geographischer Unbildung, über den »böhmischen Gefreiten« gelächelt. Nun hat er ihn zu sich herauf geholt. Jetzt war er zu dessen Geschöpf geworden. Mit den Fackeln hat es begonnen, daran entzündete sich ein Weltenbrand.«⁸

Ossip Flechtheim: Vom Neu-Beginnen-Mitglied zum Zukunftsdenker

Der Historiker, Politikwissenschaftler und Zukunftsforscher Ossip Kurt Flechtheim wurde am 5. März 1909 im ukrainischen Nikolajew geboren. Doch schon 1910 übersiedelte die Familie in die Heimat des Vaters, nach Deutschland. Flechtheim wuchs in Münster und Düsseldorf inmitten von Büchern auf: Sein Vater war Kaufmann, ein Onkel ein international renommierter Kunsthändler.⁹

1927 begann Flechtheim das Jurastudium, das ihn von Freiburg über Paris, Heidelberg und Berlin nach Köln führte. Als Student wurde Flechtheim KPD-Mitglied. Besonders die Berliner KP-Studentengruppe prägte ihn; dort kam er in engen Kontakt mit Ernst Engelberg.

Die Auseinandersetzungen um die Politik der KPD berührten auch Flechtheim. Er sympathisierte mit der Politik Brandlers und Thalheimers, doch nicht zuletzt sein Freund Richard Löwenthal, der schon der KPD-Opposition angehörte, riet ihm, solange wie möglich in der KPD zu verbleiben.¹⁰ Gleich ihm aber wurde Flechtheim Mitglied der konspirativ arbeitenden Gruppe Neu Beginnen, der sowohl KPD- wie SPD-Mitglieder angehörten. Neu Beginnen sagte die Nazidiktatur klar voraus und wollte zum Kern einer neuen Arbeiterbewegung werden. Dieses Ziel erwies sich als nicht realisierbar, das Engagement von Neu Beginnen auch im darauf folgenden Widerstand gegen Hitler verdient jedoch Beachtung.¹¹ Erst 1933, unmittelbar vor oder nach dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung, trennte sich Flechtheim vom offiziellen Kommunismus, blieb aber bei Neu Beginnen aktiv.

1934 konnte Flechtheim in Köln noch über Hegels Strafrechtstheorie promovieren. Sein Referendariat bei einer Düsseldorfer kommunistischen Anwaltskanzlei musste er aber abbrechen. Eine kurze, gefährvolle Phase der illegalen Arbeit für Neu Beginnen endete im September 1935 mit Flechtheims Verhaftung. Doch konnte ihm die Gestapo die behauptete Tätigkeit für Neu Beginnen nicht beweisen, so dass Flechtheim nach 22 Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Unmittelbar darauf emigrierte er in die Schweiz. Auch Flechtheim gelang es mit Hans Kelsens Hilfe, ein Stipendium am Genfer Hochschulinstitut zu erhalten. Sein Suchen nach einer Synthese von Karl Marx und Max Weber datiert aus dieser Zeit. Der zurückhaltende, bescheiden auftretende Flechtheim gehörte, anders als Hans Mayer, nicht zu den »Stars« unter den jungen Genfer Wissenschaftlern. »Er war kein Mann, der auf die Pauke hieb«, wie Ernst Engelberg formulierte.¹²

Doch mit entschiedener Beharrlichkeit wandte er sich einem Thema zu, dessen Bearbeitung ihm Hans Kelsen empfohlen hatte und in dem er ein international anerkannter Experte werden sollte: der Kommunismus-

forschung als interdisziplinärem Forschungszeitweig zwischen Politikwissenschaft und Zeitgeschichte.

Flechtheim ging den Ursachen der Stalinisierung der kommunistischen Bewegung nach. So hielt er 1937 fest, dass »in Ländern mit noch nicht abgeschlossener bürgerlicher Revolution wie Russland ... der Weg zum ›Sozialismus‹ der der Machteroberung durch eine ›jakobinisch-blauquistische‹ Minderheit, die sich auf relativ primitiv-fortschrittliche Tendenzen im Proletariat und der Bauernschaft stützt, zu sein *scheint*. Dieser Weg führt zur Errichtung einer zentralistisch-terroristischen Parteidiktatur, wobei die Partei wieder zentralistisch-terroristisch von einer kleinen Clique beherrscht wird. Diese Clique scheint imstande zu sein, eine der bürgerlichen überlegene kollektivistische Wirtschaft zu schaffen, die viel mehr einer Technokratie als einer klassenlosen Gesellschaft zu entsprechen scheint.«¹³ Für dieses düstere Bild sollte Flechtheim später den Terminus des Neo-Cäsarismus prägen.

Nach dem Zusammenbruch des Völkerbundes zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Arbeit am Genfer Institut ungleich komplizierter als bisher. Flechtheim ging in die USA. Dort lernte er seine Frau Lili Faktor kennen, gleich ihm aus Europa vertrieben.

In New York fand Flechtheim zunächst ein zeitweiliges Unterkommen am Institute of Social Research, der unter Leitung Max Horkheimers stehenden Nachfolge-Einrichtung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Zwischen 1941 und 1951 unterrichtete Flechtheim an verschiedenen US-Hochschulen Politische Wissenschaft.

1951 folgte er der Bitte Otto Suhrs auf eine Gastprofessur für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Ein Jahr später kehrte er endgültig zurück – als Professor an der wiedergegründeten Hochschule für Politik. Nach der 1957 erfolgten Habilitation wurde Flechtheim zwei Jahre später außerordentlicher, 1961 dann ordentlicher Professor für Wissenschaft von der Politik am Otto-Suhr-Institut der FU, dessen Direktorat er 1960/61 innehatte. 1974 wurde er emeritiert.

In seinem 1948 publizierten Werk *Die KPD in der Weimarer Republik* untersuchte Flechtheim auch jene Fehler und Defizite des deutschen Kommunismus, die der Nazi-Bewegung und ihren Hintermännern schließlich am 30. Januar 1933 den kampflosen Sieg ermöglichten.

Am 20. Juli 1932 hatte die SPD den Staatsstreich von Reichskanzler Papen gegen die preußische Landesregierung unter SPD-Ministerpräsident Otto Braun ohne Widerstand hingenommen. Spätestens seitdem war, in Flechtheims Worten, »die Schwäche der Arbeiterbewegung mit den Händen zu greifen.«¹⁴ Die Aufhebung des zeitweiligen Verbots der SA fachte deren Terror um so stärker an. Die KPD war auf den angeblichen Hauptfeind Sozialdemokratie fixiert, auch dann noch, als im Juli 1932 die Reichstagswahlen einen überwältigenden Sieg der Nazis erbrachten. Diese gewannen 37 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Clara Zetkin, eine der wenigen prominenten Persönlichkeiten des deutschen Kommunismus ohne linksradikale Neigungen, die über Parteigrenzen hinweg Ansehen genoss, konnte Ende Juli 1932 zwar als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnen. Der »kaum hörbare und doch eindrucksvolle Appell« der Parteiveteranin »zur Einkehr und Sammlung der Linken verhallte natürlich«, so Flechtheim, »und es war kein Zufall, dass bald darauf ein Hermann Göring den Sitz des Reichstagspräsidenten einnahm!«¹⁵

13 Ossip K. Flechtheim: *Der Weg zum Sozialismus, oder: Ethik und Politik* [geschrieben 1937, veröffentlicht 1972], zuletzt abgedruckt in: Ders.: *Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft*, Berlin 1991, S. 281.

14 Ossip K. Flechtheim: *Die KPD in der Weimarer Republik*, Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1969, S. 284.

Im November 1932 schien die Angriffswucht der Nazis auf die Weimarer Republik zu erlahmen. Bei den erneuten Reichstagswahlen konnte die NSDAP ihre Stellung als stärkste deutsche Partei zwar behaupten, doch verlor sie zwei Millionen Stimmen. Ihr Stimmenanteil ging auf 33 Prozent zurück. »Verhängnisvoll war«, schrieb Flechtheim in seiner KPD-Geschichte, »dass der leichte und zeitweilige Rückgang der Nazis im November von Kommunisten und Sozialdemokraten in eine entscheidende und dauernde Niederlage umgedeutet wurde, was natürlich die Vertreter solcher Illusionen der Notwendigkeit, ernste Verantwortungspolitik zu treiben, enthob.«¹⁶

16 Ebenda, S. 286.

Die KPD-Spitze hatte am 30. Januar, als es zu spät war, die SPD-Führung zum gemeinsamen Handeln aufgefordert, doch diese nahm das Angebot kaum wahr, geschweige denn ernst. »Der jahrzehntelange Kampf hatte die beiden Parteien mit solchem Hass erfüllt, dass selbst die Errichtung der faschistischen Diktatur sie nicht zusammenbringen konnte«, schrieb Flechtheim. »Das Spaltungswerk von Jahren konnte nicht mehr in Tagen rückgängig gemacht werden.«¹⁷

17 Ebenda, S. 287.

In einem Beitrag für *Die Zeit* ließ Flechtheim am 30. Januar 1983 den 93-jährigen Hitler aus einem Genfer Versteck wieder auftauchen. Die jüngste Entwicklung erfülle ihn mit neuer Hoffnung, so Hitler. »Immer mehr Militärs und Politiker meinten jetzt, der Krieg werde wieder führbar. Dass ein moderner Krieg natürlich große Verluste mit sich bringen würde, wäre nicht zu bestreiten, liege aber vielleicht sogar im Interesse der Erhaltung der Art. Entscheidend sei nur, dass eine Elite überlebe, nicht zuletzt deshalb, um wieder neue Kriege führen zu können.«¹⁸

18 Ossip K. Flechtheim: Warum ich Führer werden musste. Die fiktive Erscheinung des Adolf Hitler – fünfzig Jahre nach der Machtergreifung, in: *Die Zeit*, 1983, Nr. 5, S. 54.

Eindringlich beschrieb Flechtheim 1989 in einem Interview die tödliche Existenzkrise der ersten deutschen Demokratie. »Denn wir erlebten ja die Straßenkämpfe, sahen das Elend der Arbeitslosen – das ist heute gar nicht vorstellbar –, die zum Teil kaum noch genug hatten, um Kartoffeln zu essen, von Brot ganz zu schweigen.«¹⁹ Die verzweifelten Massen radikalisierten sich politisch. »Damals«, so Flechtheim, »hatte die antikapitalistische Sehnsucht neunzig Prozent unseres Volkes erfasst. Bei den Kommunisten, bei den Sozialdemokraten und bei einem nicht unerheblichen Teil der Nationalsozialisten gab es eine vage Vorstellung, dass man die Probleme durch Maßnahmen in Richtung Sozialismus würde lösen können«, doch hätte es einer zumindest pragmatischen Kooperation von SPD und KPD bedurft, um den Menschen eine linke Alternative zur ausweglosen Gegenwart aufzuzeigen.²⁰

19 Ossip K. Flechtheim: »In unserer Familie war kein Platz für Patriotismus«, in: Hajo Funke (Hg.): *Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil*, Frankfurt a. M. 1989, S. 428.

20 Ebenda, S. 431 f.

»Ich habe eine sehr große Veranstaltung in Düsseldorf im Gedächtnis«, fuhr Flechtheim fort, »in der kommunistische und sozialdemokratische Redner sprachen und alle ziemlichen Beifall bekamen. Dann sprach ein Redner von der KPO, der beiden Parteien vorwarf, dass sie eine *selbstmörderische* Politik treiben; er konnte sich nicht durchsetzen. Die Hauptkritik der KPO wie auch Trotzki's war, dass man den Faschismus nicht ernst genug nähme und dass es darauf ankäme, dass die Arbeiterparteien ein Mindestmaß an Zusammenarbeit betrieben und in der einen oder anderen Form eine Einheitsfront bildeten, um den *Hauptfeind*, den Nationalsozialismus Hitlers, zu verhindern, statt im Bruderkampf zu verharren.«²¹

21 Ebenda, S. 428. Hervorhebungen hier und im Folgenden wie im Original.

Flechtheim teilte die Ansicht von KPO und SAP, wonach »es sich beim Nazismus um eine echte Massenbewegung handelte [und] es *nicht* nur das Großkapital war, das sich ein paar Leute gekauft hatte«, ob-

gleich ihm, wie allen Linken, klar war, dass die Nazibewegung »die Aufmerksamkeit der großen Kapitalisten in Deutschland auf sich zog, die vom Anwachsen der revolutionären Stimmungen innerhalb der Bevölkerung beunruhigt waren.«²² Gerade deshalb, so Flechtheim, hätte in dieser totalen Krise die kommunistische Linke sogar mit Kräften um einen General Schleicher zusammenarbeiten müssen, die einen Kanzler Hitler zu verhindern suchten. »Ich glaube, dass es bei einer anderen Politik gelungen wäre, die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu verhindern. Durch Maßnahmen in Richtung Sozialismus oder wenigstens einen erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit über einen deutschen ›New Deal‹ hätte man versuchen müssen, Hitler zu verhindern.«²³

Ernst Engelberg: Zwischen Wissenschaft und Politik

Im Jahre 1948 aus dem Exil zurückgekehrt, ist Ernst Engelberg der letzte noch lebende Repräsentant aus der Gründergeneration der DDR-Historiker.²⁴ Sein Name bleibt mit der 1985 und 1990 erschienenen zweibändigen Biographie Otto von Bismarcks verbunden. Auffallend bleibt, wie konsequent Engelberg das von ihm in seiner Berliner Dissertation über Bismarcks Sozialpolitik 1934 erstmals angeschlagene Thema über Jahrzehnte hinweg weiter verfolgte: Bismarck und seine sozialistischen Gegenspieler.²⁵

Auch politisch hielt Engelberg an der 1929 getroffenen Entscheidung fest. Die KPD, der er damals beitrug, hat er ebenso wenig verlassen wie später die SED oder ihre Nachfolger-Partei. Zusammen mit dem 1906 geborenen Schauspieler Erwin Geschonneck ist Engelberg in Deutschland – und vielleicht weltweit – der Kommunist mit der längsten ununterbrochenen Parteimitgliedschaft.²⁶

Der am 5. April 1909 in Haslach im Schwarzwald geborene Engelberg studierte nach dem Schulbesuch in Offenburg zunächst 1927 ein Semester in Freiburg/Breisgau und seit dem Wintersemester 1927/28 in München Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. 1929 wechselte er nach Berlin, um dort Geschichte und Philosophie zu studieren. Als akademische Lehrer beeinflussten ihn besonders Gustav Mayer und Hermann Oncken. Beide Historiker untersuchten auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, die an Universitäten der Weimarer Republik nur wenig Beachtung fand.

Seit 1930 arbeitete Ernst Engelberg in KPD-Betriebszellen in Wedding wie in Moabit mit und wurde im folgenden Jahr Reichsleiter des Kommunistischen Studentenverbandes. Diese nicht unwichtige Position hatten vor ihm Franz Borkenau und Richard Löwenthal innegehabt, die beide kurz darauf mit dem Kommunismus brechen und als Kritiker der KPD publizistisch hervortreten sollten. 1932 gab Engelberg diese Funktion an Wilhelm Girmus ab.

Die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hätten sich nach Papens Staatsstreich gegen die Preußen-Regierung im Juli 1932 teilweise entkrampft, betonte der Zeitzeuge Engelberg auf einer Tagung von Historikern beider deutscher Staaten im März 1987. »Wenn wir einander sahen, die einen mit den drei Pfeilen [des Reichsbanners] und wir mit unserem Abzeichen, ja dann grüßte man sich gegenseitig; so war es in Berlin.« Es habe »gewisse Chancen der Zusammenarbeit« an der Basis gegeben, die leider von den Führungen ungenutzt blieben.²⁷

22 Albert S. Lindemann: *A History of European Socialism*, New Haven/London 1983, S. 298.

23 Flechtheim: *Kein Platz für Patriotismus*, S. 430 f.

24 Zur Biographie Engelbergs vgl. Mario Keßler: *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR*, Köln etc. 2001, S. 222-257.

25 Ernst Engelberg: *Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik*. Phil. Diss., Berlin 1934 (unveröffentlicht).

26 Vgl. Erwin Geschonneck: *Meine unruhigen Jahre. Lebenserinnerungen*, hg. von Günter Agde, Berlin 1984, erweiterte Neuauflage 1997.

27 [Diskussionsbeitrag von] Ernst Engelberg, in: Susanne Miller, Malte Ristau (Hg.): *Erben deutscher Geschichte*. DDR-BRD: *Protokolle einer historischen Begegnung*, Reinbek 1988, S. 167. Die Tagung fand auf Einladung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD am 12. und 13. März 1987 in Bonn statt.

Den 30. Januar 1933 erlebte Ernst Engelberg als Doktorand. Im Februar 1934 schloss er die Promotion ab. Doch kurz vor dem Rigorosum musste Engelbergs Lehrer Gustav Mayer Deutschland verlassen. Hermann Oncken und der konservative Verfassungshistoriker Fritz Hartung begutachteten die Arbeit. Es spricht für ihren Mut wie ihre moralische Integrität, dass sie eine Doktorarbeit mit marxistischem Ansatz zu akzeptieren wagten. Am 22. Februar folgte die mündliche Prüfung.

28 »Der Historiker muss auch mit sich selbst kämpfen.« Im Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Engelberg, in: Disput, 1998, Nr. 12, S. 38.

Doch vier Tage später wurde Engelberg, »durch eine begriffliche Hochstimmung unvorsichtig geworden«,²⁸ bei einem illegalen Treffen mit Sozialdemokraten verhaftet. Die Gestapo brachte ihn ins Columbia-Haus, ein Militärgefängnis, in das die Nazis nun ihre besonders missliebigen Gegner sperrten. »Die Misshandlungen in der Prinz-Albrecht-Straße waren zweckgerichtet und von mehr oder weniger ausgebildeten Kriminalisten ausgeführt«, schrieb Engelberg im Jahre 1993; »der Häftling sollte zu Aussagen erpresst werden. Im Columbia-Haus aber war er den Launen und Stimmungen fanatisierter und mitunter rein sadistischer Parteigänger ausgesetzt. In Zwangsanstalten wie dem Columbia-Haus verfolgten die Schergen nicht inquisitorische Einzelzwecke, sondern den vom Regime vorgegebenen Gesamtzweck, die Gegner physisch und seelisch zu zermürben.«²⁹

29 Ernst Engelberg: Meine Erlebnisse im Columbia-Haus im März 1934. Unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages aus dem Jahre 1993, S. 3.

»Die Vernehmungen in der Prinz-Albrecht-Straße waren hart und von den obligatorischen Misshandlungen begleitet«, so Ernst Engelberg nach sechzig Jahren. Die Gestapo beorderte ihn »eines Abends aus der Kellerröhre der Gestapo zum Abtransport ins Columbia-Haus, in dem die Nazigegner zusammengetrieben wurden. Am Sammelpunkt, es war noch im Kellergeschoss, sah ich zu meinem Erstaunen unter den Inhaftierten eine Gruppe von Männern mittleren Alters in eleganter Kleidung, meistens sogar im Smoking. Es waren Monarchisten, so erfuhr ich, die von der Gestapo bei einer Festivität aufgegriffen worden seien. Ein mir unbekannter, sympathischer und offensichtlich erfahrener Mitgefangener flüsterte mir zu, auf die Smoking-Leute deutend: »Die da sind Blitzableiter für uns«, was ich zunächst nicht recht verstand. Man zwängte uns allesamt in die grüne Minna, aber schon beim Ausladen ging ein großes Hallo der SS-Lümmel los, als sie die vornehm Gekleideten gewahrten.« Tatsächlich versuchten einige SS-Schergen Engelberg in plumper Manier zu bekehren. Er sei doch ein großes Rindvieh, wenn er auf den »jüdisch-moskowitzischen Schwindel« hereinfalle. Da er unbeeindruckt blieb, wurden er und seine Zellenkameraden gequält: »Schiikanöse Spiele des Tages und auch mehrmals in der Nacht, alles dazu angetan, Menschen zu demütigen. Da wurde »Luftalarm« gemimt, wobei man sich den Fressnapf auf den Kopf stülpen musste, den Trinkbecher als Gasmasken vor den Mund halten. So sollte man zudem unters Bett kriechen, was ich nicht fertig brachte. Bisweilen erträgt man einen Tritt in den Hintern eher als zu viel menschliche Demütigung.«³⁰

30 Ebenda, S. 2 f.

Am 17. Oktober 1934 wurden Ernst Engelberg und neun weitere Gefangene des Hochverrats angeklagt. Es folgten anderthalb Jahre Haft im Zuchthaus Luckau, in dem während des Ersten Weltkrieges auch Karl Liebknecht eingesperrt gewesen war.

Nach seiner Entlassung im September 1935 ging Engelberg zunächst in seine Heimatstadt Haslach. Im folgenden Jahr musste er emigrieren. Er floh in die Schweiz. Dort gab Hans Mayer den Genfer Professoren den Rat, auch Engelberg an das Hochschulinstitut des Völkerbundes zu holen.

Zu Engelbergs wissenschaftlichem Ertrag dieser Jahre gehört eine damals unveröffentlicht gebliebene Abhandlung über *Liberale und antilibérale Geschichtsschreibung*. Darin warf er die Frage auf: »Liegt Kontinuität oder Diskontinuität vor zwischen der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung und den Grundlagen und Methoden der Historiographie, wie sie in Deutschland vor Hitlers Machtantritt galten?« Der Autor verwarf jedes vorschnelle Urteil und betonte, dass »jede bedeutendere Richtung der deutschen Geschichtsschreibung von ihrer jeweiligen sozialhistorischen Bedingung und politischen Funktion aus [zu] begreifen« sei.³¹

In seiner Abhandlung untersuchte Engelberg Kontinuitäten und Brüche der deutschen Historiographie vor und nach dem 30. Januar 1933. Für ihn waren unter jenen deutschen und österreichischen Historikern, die sich den Nazis anschlossen, »der nationalsozialistische Revolutionär Walter Frank am konservativsten und der deutsch-österreichische Heinrich Ritter von Srbik am revolutionärsten«; Engelberg nahm zunächst die Nazi-Propagandabegriffe ernst.³² Er stellte sie jedoch in den historischen Kontext des deutschen Imperialismus, Chauvinismus und Antisemitismus. So gesehen, sei das Geschichtsbild der Nazis die, wenn auch keineswegs alleinige Konsequenz einer Politik, die auf die Zerstörung der Weimarer Republik abgezielt habe. Deutsche Historiker hätten sich an der Propaganda gegen die Republik durchaus hörbar beteiligt. Somit habe »sich in der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung lediglich die politische Ausgangsstellung und Zielsetzung [verändert], und erweitert und teilweise verändert hat sich der Inhalt der Werte, auf die das geschichtliche Material bezogen werden soll: Der »Begriff der Rasse, der bei [Alfred] Rosenberg das bewegende geschichtliche Prinzip war, wird nun ein Wert, der da und dort in Beziehung zum geschichtlichen Material gesetzt wird. Vor allem wird der nationale Staat in seiner zentralen Stellung im System der Werte von dem »Begriff« des Volkstums verdrängt.«³³

Im Genfer Exil zog Engelberg, wie viele KPD-Mitglieder in seiner Lage, die Folgerung, dass auch für seine Partei die Frage nach dem Bestand der bürgerlichen Demokratie von Weimar eine Frage der Existenz der kommunistischen Bewegung war.

Am Anfang der Geschehnisse, die mit dem 30. Januar 1933 begannen, »hatte die unernste Polit-Intrige gestanden. Neu war im Personal eben dieser Reichskanzler«, so Hans Mayer.³⁴ Er hatte, daran sei erinnert, das Wort geprägt, das auch für seine Exilsgefährten Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg – und nicht nur für sie – gültig war und blieb: Der 30. Januar 1933 war nicht nur eine politische Wende, sondern eine geschichtliche Zäsur für alle heutige Menschheit gewesen. Kein Unglück von heute lasse sich ohne dieses Datum erklären, weder für Russland, noch für Israel oder Deutschland.

Die hier vorgetragenen Texte der drei Hitlergegner Hans Mayer, Ossip Flechtheim und Ernst Engelberg mögen dazu beitragen, den Tag des 30. Januar 1933 nie zu vergessen. Denn, so nochmals Hans Mayer: »Es gibt eine wundersame Heilkraft der Natur, doch es gibt keine Heilkräfte der Geschichte. Es heißt zwar: »Darüber muss Gras wachsen«, allein unter dem Gras liegen nach wie vor die Toten.«³⁵

31 Ernst Engelberg: *Liberale und antilibérale Geschichtsschreibung* [1937], veröffentlicht in: Mario Keßler (Hg.): *Deutsche Historiker im Exil (1933-1945). Ausgewählte Studien*, Berlin 2005, S. 30.

32 Ebenda, S. 81.

33 Ebenda.

34 Mayer: *Der Widerruf*, S. 18.

35 Ebenda, S. 19.

HUBERT FETZER

Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus

Vorbemerkung: Die gegenwärtige Sozialismuskonzeption leidet m. E. darunter, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Blickpunkt stehen und die Veränderung der Produktivkräfte, besonders der energetischen Grundlagen, nicht als ein bestimmendes Element gesellschaftlicher Veränderungen behandelt wird, die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen somit ungenügend Grundlage der Betrachtung ist. Eine Ausnahme bildet E. Altwater, dessen »Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« den nachfolgenden Beitrag anregte.

Menschliche Gesellschaft ist Beziehung der Menschen zur Natur und zueinander

Die Beziehung der Menschen zur Natur ist ihre Produktivkraft, d. h. die Fähigkeit, die Natur als Gebrauchswert für die Menschen umzugestalten. Die grundlegenden Beziehungen der Menschen zueinander sind die Produktionsverhältnisse, d. h. die Beziehungen der Menschen in der materiellen Produktion, die ihre Beziehungen in Kultur und Politik bestimmen.

Menschliche Gesellschaft in ihrer Materialität entwickelt sich als dialektische Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Das stürmische Element der Gesellschaft sind die Produktivkräfte, denen die jeweils gegebenen Produktionsverhältnisse nur eine begrenzte Entwicklungsmöglichkeit geben können und die dann, wenn sie die Produktivkräfte hemmen, durch neue Produktionsverhältnisse ersetzt werden. »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind«¹.

In der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft sind drei große Etappen erkennbar, die auf einen Wechsel der Energiesysteme als der grundlegenden Produktivkraft der Gesellschaft zurückgehen. Energiegewinnung und -nutzung sind die Grundbedingungen für die Existenz aller Gesellschaften. Die Mobilisierung der Energiequellen erfolgt im Rahmen von Systemen, die sowohl eine technische als auch eine ökonomische Dimension aufweisen: der Energiesysteme.²

Vom Anfang der menschlichen Gesellschaft bis in ihre vorhersehbare Zukunft lassen sich drei hauptsächliche Energiesysteme unterscheiden:

Hubert Fetzer – Jg. 1932, Dr. phil., Diplomphilosoph; 1956-1971 Tätigkeit in der Braunkohlenindustrie, 1972-1991 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR.
hubert.fetzer@t-online.de

1 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort (1859), in: Ders., Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

2 Vgl. Jean-Claude Debeir, Jean-Paul Deléage, Daniel Hémary: Prometheus auf der Titanic. Geschichte der Energiesysteme, Frankfurt/New York 1989.

a) die Bändigung des Feuers durch den Menschen, die das Zeitalter der Nutzung des Holzes als Energiequelle für den Menschen einleitete. Dies ermöglichte es, Metall zu bearbeiten, effektiver zu jagen, Ackerbau zu betreiben und somit ein wachsendes Mehrprodukt über den unmittelbaren Verzehr hinaus zu schaffen. Damit war die Voraussetzung für den Übergang zur Sklavenhaltergesellschaft und von dieser zum Feudalismus gegeben;

b) die Nutzung von Kohle, später Öl, Atomenergie und Gas, die das fossil-atomare Energie-Zeitalter prägt. Dies ermöglichte den Menschen, ihre Arbeitskraft in immer höherem Maße durch Maschinen zu ersetzen. Auf dieser Grundlage entwickelte sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz, dann der Imperialismus;

c) die Nutzung regenerativer Energiequellen, vor allem Sonnenlicht, Wind, Wasserkraft und Biomasse, die das postfossile Zeitalter bestimmen wird. Der Übergang in dieses Zeitalter vollzieht sich gegenwärtig. Er wird dann abgeschlossen sein, wenn die Gewinnung fossiler Energieträger wie auch die Nutzung der Atomenergie nicht mehr mit der Erzeugung regenerativer Energie konkurrieren können und die Förderung der Restressourcen von Kohle, Öl, Gas und Uran sich nicht mehr lohnt. Bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklung der regenerativen Energienutzung in den verschiedenen Weltregionen und den höchst kontroversen Prognosen über die Dauer wirtschaftlicher Ausschöpfbarkeit fossiler und atomarer Energievorräte kann man wohl davon ausgehen, dass der Übergang zum postfossilen Zeitalter am Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen vollzogen sein wird.

Das fossil-atomare Energiesystem – energetische Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise

Die relative Mehrwertproduktion ist nur möglich, wenn die Produktivität der Arbeit gesteigert wird, und diese wiederum ist das Resultat der Umwälzung der Produktionsbedingungen und der Nutzung fossiler wie auch atomarer Energieträger. Die Vorteile der fossilen Energieträger für den kapitalistischen Produktionsprozess ergeben sich aus einer Reihe spezifischer Eigenschaften:³

Erstens können fossile Energieträger fast ortsunabhängig eingesetzt werden, indem sie von den Lagerstätten relativ leicht zu den Verbrauchsorten verbracht werden können. Damit ist eine ökonomische Geografie möglich, die sich weniger an natürlichen Gegebenheiten als an Rentabilitäts Gesichtspunkten orientiert.

Zweitens sind fossile Energieträger zeitunabhängig, da sie leicht zu speichern sind und unabhängig von Tages- und Jahreszeiten genutzt werden können. Sie sind daher sehr gut für die Beschleunigung der ökonomischen Prozesse zu verwenden.

Drittens erlauben die fossilen Energieträger Konzentration und Zentralisation ökonomischer Prozesse. Das fossile Energieangebot kann mit der Akkumulation des Kapitals mitwachsen.

Die fossilen Energieträger bilden nicht nur die energetische Grundlage des Kapitalismus, sie bestimmen auch in hohem Maße die Entwicklungsprozesse seiner Wirtschaft und Gesellschaft. Erstens sind fossile wie auch atomare Energieträger nur an bestimmten Punkten des Erdkörpers vorhanden. Das heißt: Die Eigentümer je-

3 Vgl. Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005, S. 85 ff.

ner Bodenabschnitte, in denen fossile und atomare Energieträger lagern, besitzen damit das Monopol, über diese Energieträger zu verfügen.⁴ Sie können ihre Verfügungsgewalt durch Krieg, Enteignung, Bodenverkauf verlieren oder mit Förderkonzessionen zeitweilig an andere ausleihen. Das ändert jedoch nichts an dem monopolbildenden Charakter jener Energieträger. Wer über ihre Lagerstätten verfügt (entweder durch Eigentum am Boden oder durch eine Förderkonzession), der hat das Monopol für die Erzeugung fossiler und atomarer Energie. Dieses Monopol kann durch alle anderen, die nicht über solche Lagerstätten verfügen, nicht gebrochen werden, außer wenn sie sich in den Besitz der Lagerstätten setzen.

Das hat zur Folge, dass diejenigen, die über die Lagerstätten fossiler und atomarer Energieträger verfügen, bestimmen können, in welcher Menge Öl, Gas, Kohle und Uran gefördert und zu welchem Preis auf den Markt gebracht werden. Welche Konsequenzen dies für die Weltwirtschaft hatte, zeigte exemplarisch die Ölkrise von 1973.⁵ Die weltwirtschaftliche Entwicklung in der Gegenwart und nahen Zukunft wird in hohem Maße davon bestimmt, dass Peak Oil in voraussichtlich wenigen Jahren erreicht sein wird.⁶ Dann wird die Ära des billigen Öls unwiderruflich zu Ende gehen, da die Förderung der noch verbliebenen Erdölvorräte unter immer komplizierteren geologischen Bedingungen ständig wachsende Kosten verursacht wird. Zweitens hat das Gebundensein fossiler und atomarer Energieträger an bestimmte Punkte des Erdkörpers zur Folge, dass diejenigen Lagerstätten, die heute ausgebeutet werden, morgen versiegen und durch neu aufzuschließende Förderfelder an anderer Stelle ersetzt werden müssen.

Die Jagd zuerst nach Kohle, später Öl und Uran und zuletzt Gas ging und geht über den ganzen Erdball und hat immer wieder zu Kriegen geführt. So war ein Erdölimperium eines der grundlegenden deutschen Ziele im 2. Weltkrieg.⁷ Die Außenpolitik der USA in den letzten Jahrzehnten ist wesentlich vom Interesse diktiert, den steigenden Ölimport zu sichern. Da die Ölreserven der Welt vor allem in solchen Krisengebieten wie Naher und Mittlerer Osten sowie Westafrika liegen, setzen die USA in wachsendem Maße auf militärische Gewalt, um ihre Energieinteressen durchzusetzen.⁸ Das zeigt nicht zuletzt der Irakkrieg. Im Ergebnis heißt das: Das fossil-atomare Energiesystem liefert eine der Grundlagen, nämlich die energetische Basis, für die Macht der Energie- und Rüstungskonzerne im Kapitalismus.

Last but not least bringt die Nutzung fossiler und atomarer Energieträger unabsehbar negative Folgen für die Umwelt mit sich. Ihre Gewinnung wie auch nicht selten ihr Transport führen zur Zerstörung der natürlichen Umgebung. Die Verbrennung der fossilen Energieträger setzt klimaschädliche Gase frei, die die Erde in ein Treibhaus verwandeln. Für die atomaren Brennstäbe gibt es keine sicheren Endlager.

Die Herausbildung des nachhaltigen Energiesystems liefert die energetische Grundlage für eine Veränderung der Produktions- und Lebensweise der Gesellschaft

Im Rahmen des zu Ende gehenden fossil-atomaren Energiesystems entstehen erste Elemente eines neuen Energiesystems, das auf der Nutzung regenerativer Energiequellen beruht. Träger regenerativer

4 Marx charakterisierte das Monopol des Grundeigentums so: »Das Grundeigentum setzt das Monopol gewisser Personen voraus, über bestimmte Portionen des Erdkörpers als ausschließliche Sphären ihres Privatwillens, mit Ausschluß aller andern zu verfügen.« In: Ders.: Das Kapital, Dritter Band, MEW, Bd. 25, Berlin 1964, S. 628.

5 Vgl. Daniel Yergin: Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt/Main 1993, S.708 ff.

6 Vgl. Kenneth S. Deffeyes: Beyond Oil: The View from Hubbert's Peak, New York 2006; Colin J. Campbell u. a.: Ölwechsel, München 2002.

7 Vgl. Dietrich Eichholtz: Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel (1938-1943), Leipzig 2006.

8 Vgl. Michael T. Klare: Blood and Oil. The Dangers and Consequences of America's Growing Petroleum Dependency, New York 2004.

9 Dem Vorschlag von sozialen Bewegungen in Lateinamerika folgend, wird in diesem Artikel das allgemein gebräuchliche Wort »Biokraftstoffe« durch »Agrartreibstoffe« ersetzt, da mit dem positiv besetzten Begriff »Bio« verschleiert wird, was tatsächlich geschieht: Das Agrobusiness produziert aus Pflanzen Treibstoff, um eine zerstörerische und unsoziale globale Ökonomie am Leben zu erhalten.

Energie sind Sonnenlicht und -wärme, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse in Form von Pflanzen und organischem Abfall. Der gesellschaftlich relevante Unterschied zwischen ihnen besteht im Grad ihres Gebundenseins an den Erdkörper. So sind Pflanzen (wenn man von Hydrokulturen absieht) an für Pflanzenwuchs geeignete Bodenabschnitte und Wasservorkommen des Erdkörpers gebunden. Dadurch sind Pflanzen in Quantität und Qualität limitiert. Daraus folgt: Auch die Produktion regenerativer Energie aus Pflanzen ist durch die Beschaffenheit des Erdkörpers begrenzt. Wenn Agrartreibstoffe⁹ erzeugt werden, geschieht dies entweder aus Biomaterial, das nicht zur Nahrungsgüterproduktion Verwendung findet oder aus Pflanzen, die bisher als Grundlage für Lebensmittel dienten. Gegenwärtig wird Agrartreibstoff vornehmlich aus Mais, Zuckerrohr, Palmöl, Sojabohnen und Raps hergestellt, d. h., es findet ein Verdrängungswettbewerb auf Kosten der Nahrungsgüterproduktion statt. Auch wenn die großen Agrarkonzerne ankündigen, eine zweite Generation von Agrartreibstoffen zu entwickeln, die sich auf das Material der gesamten Pflanze, auf Pflanzenabfall sowie auf Pflanzen außerhalb der Nahrungsgüterkette stützen sollen, ändert dies nichts an der natürlichen Begrenztheit der Agrartreibstoffproduktion, so dass jede weitere Steigerung dieser Produktion unweigerlich bisher für die Nahrungsgüterproduktion genutzte Flächen okkupiert und immer größere Schneisen in den Rest des tropischen Urwalds schlägt, wie dies in Brasilien, Malaysia und Indonesien geschieht.

Der Löwenanteil regenerativer Energie wird durch Solarzellen, Windkraftträder, Biogasanlagen, Wasserkraftwerke sowie zukünftig auch aus Erdwärme erzeugt werden. Dabei kommt den Solarzellen eine Schlüsselrolle zu, weil die in ihnen in Elektroenergie umzuwandelnde Sonnenstrahlung für die menschliche Existenz unbegrenzt zur Verfügung steht und weil die Produktion der Solarzellen im Unterschied zu Pflanzen nicht mit bestimmten Abschnitten des Erdkörpers verbunden ist. Solarzellen können im Prinzip überall produziert werden. Außerdem ist ihre Herstellung im Unterschied zum Agrartreibstoff mengenmäßig nicht begrenzt, da Silizium als ihr Ausgangsmaterial praktisch unbegrenzt zur Verfügung steht.

Der unterschiedliche Grad des Gebundenseins der Träger regenerativer Energie an den Erdkörper bedingt auch den Charakter des kapitalistischen Konkurrenzkampfes um ihre wirtschaftliche Nutzung. Der Markt für Agrarprodukte ist zwischen den großen Agrarkonzernen aufgeteilt. Da dieser Markt durch die natürlichen Grenzen der Pflanzenproduktion begrenzt ist und tendenziell durch Bodenerosion kleiner werden wird, haben die Agrarkonzerne praktisch ein Monopol über den Handel mit Agrarprodukten. So hat sich neben Big Oil bereits Big Grain herausgebildet. Cargill und ADM kontrollieren 65 Prozent des weltweiten Getreidehandels. Diese Konzerne beherrschen nun auch Produktion und Absatz der Agrartreibstoffe. In den letzten Jahren ist auf diesem Gebiet ein Konzentrationsprozess zu beobachten, der unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Um ihre dominierende Stellung auf dem Treibstoffmarkt auch in Zukunft zu sichern, sind die Ölkonzerne dabei, Patenschaften mit den Agrarkonzernen einzugehen. Es vollzieht sich eine enge Verflechtung des Big Business auf den Gebieten Öl, Getreide, Gentechnik und Auto-

bau: ADM mit Monsanto, Chevron mit Volkswagen, BP mit DuPont und Toyota. Diese Partnerschaften vereinigen Forschung, Produktion und Absatz der Nahrungsgüter und Kraftstoffe unter einem riesigen gemeinsamen Dach.¹⁰ Damit wird ein kapitalistischer Konzentrationsprozess vollzogen, der nicht nur schlechthin gigantisch ist, sondern die Menschheitsentwicklung in ihren Lebensadern trifft: Nahrung und Energie.

Die antikapitalistischen Kräfte sind dadurch in eine Auseinandersetzung gestellt, die von vornherein global ist, in ihrer Schärfe bisherige Erfahrungen weit in den Schatten stellen kann und eventuell in das postfossile Zeitalter hineinreichen wird, weil es den Ölkonzernen mit ihren Partnerschaften (und möglichen nachfolgenden Fusionen) gelingen kann, ihre Dominanz beim Handel mit Öl auf den Bereich der Pflanzenprodukte auszudehnen.

Anders vollzieht sich der Konkurrenzkampf um die Produktion von Solarzellen. Auch wenn führende Ölkonzerne wie z. B. Shell begonnen haben, sich auf eine Führungsrolle auf dem Gebiet der Photovoltaik einzustellen, kann es ihnen nicht gelingen, die Produktion dieser Energieträger so zu beherrschen wie die Ölförderung, weil die Produktion von Solarzellen nicht an bestimmte Punkte der Erde gebunden ist. Im Konkurrenzkampf der Solarzellenproduzenten werden ständig neue Produktionsverfahren und Produkte entwickelt, die zu neuen Firmengründungen führen, bisherige Firmen insolvent werden lassen. Auf der ganzen Welt schießen neue Produktionsstätten für Solarzellen wie Pilze aus dem Boden. Dieser Prozess lässt sich nicht monopolisieren.

Die Wirkung regenerativer Energien auf die Atmosphäre ist sehr unterschiedlich. So entsteht bei der Umwandlung von Sonnenstrahlung und Wind in Elektroenergie kein CO₂ wie bei der Verbrennung von Kohle, Öl oder Gas. Lediglich beim Produktionsprozess von Photovoltaik- und Windkraftanlagen (z. B. bei der energieintensiven Fertigung des Reinstsiliziums für Photozellen) wird CO₂ frei. In Bezug auf die Produktion von Agrartreibstoffen gibt es jedoch »deutliche Anhaltspunkte, dass jegliche Einsparung an Emissionen durch die Reduzierung der Verbrennung fossiler Energieträger aufgehoben wird durch weit größere Emissionen infolge von Abholzung, Torfentwässerung und -verbrennung, andere Veränderungen der Bodennutzung, den Verlust an Kohlenstoff im Boden und die Emission von N₂O«.¹¹ N₂O ist ein fast 300-fach wirksameres Treibhausgas als CO₂ und wird beim Einsatz von Stickstoffdünger für die Pflanzenproduktion freigesetzt. Das hat zur Folge, dass die Produktionskette vom Raps zum Agrardiesel bis zu 70 Prozent mehr klimaschädliche Gase erzeugt als die Produktion fossilen Diesels. Bei der Ethanolproduktion aus Mais beträgt die entsprechende Erhöhung bis zu 50 Prozent gegenüber der Benzinproduktion.¹²

Bisher vorliegende Einschätzungen zu Agrartreibstoffen kommen zu folgender übereinstimmend kritischen Gesamtwertung: Agrartreibstoffe, die großflächig durch das globale Agrobusiness produziert werden¹³, stellen keine der Menschheitsentwicklung dienliche Alternative zu fossilen Treibstoffen dar, weil sie klimaschädliche Emissionen nicht verringern, sondern vergrößern, weil sie in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten und sie jetzt schon zu

10 Vgl. Eric Holtz-Giménez: Displaced Peasants, Higher Food Prices and a Crutch for the Petrol Economy, in: Le Monde diplomatique, Juli 2007.

11 Agrofuels – Towards a reality check in nine key areas, Juli 2007, S. 9, www.corporateeurope.org/docs/agrofuelsrealitycheck.pdf.

12 P. J. Crutzen et al: N₂O release from agro-biofuel production negates global warming reduction by replacing fossil fuels, in: Atmospheric Chemistry and Physics Discussions 7/2007, <http://tinyurl.com/ywbft6>.

13 Davon zu unterscheiden sind Biokraftstoffe, die auf kleinen Flächen von Bauern produziert werden und in der lokalen Wirtschaft nützlich sein können.

14 Agrofuels, a. a. O., S. 6 f.; The False Promise of Biofuels, September 2007, www.ifg.org/pdf/biofuels.pdf.

15 Report of the Special Rapporteur on the right to food to the General Assembly of the UN, 22. 8. 2007, S. 22, www.righttofood.org/A62289.pdf.

16 Offener Brief: Wir rufen die EU dazu auf, Zielvorgaben für Biokraftstoffe in Europa fallen zu lassen, 31. 1. 2007, www.biofuelwatch.org.uk/2007Jan31-openletterbiofuels-german.pdf

17 Vgl. The EU's agrofuel folly, Juni 2007, www.corporateeurope.org/agrofuel folly.html.

18 Trotz des riesigen Investbooms wird z. B. Agrardiesel niemals in der Lage sein, mehr als einen kleinen Teil der globalen Dieselnachfrage zu decken. So werden nach offiziellen Schätzungen im Jahre 2010 etwa 48 Mrd. Liter Agrardiesel weltweit produziert werden. Das ist etwa ein Fünftel des jährlichen Verbrauchs an Diesel nur in den USA.

19 Vgl. A sustainable energy future is possible now, New York 2006, www.abolition2000.org.

gefährden beginnen, weil sie die biologische Vielfalt durch Abholzung und Monokultur radikal reduzieren, weil sie die Macht der Agrarkonzerne gegenüber den Bauern vergrößern und die Macht der mit ihnen verbündeten Ölkonzerne festigen und weil sie schließlich den Widerspruch zwischen den Industriestaaten des Nordens und den Ländern des Südens verschärfen werden.¹⁴

Der UN-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung fordert von allen Staaten ein fünfjähriges Moratorium für jegliche Initiative, Agrartreibstoffe durch die Umwandlung von Nahrung in Treibstoff zu entwickeln, weil es notwendig ist, die Perspektive der Agrartreibstoffe im internationalen Maßstab zu klären.¹⁵ Eine doppelte Verantwortung haben dabei die Linken in Europa. Einerseits sind sie angehalten, die Forderung von Nichtregierungsorganisationen und Persönlichkeiten aus der ganzen Welt an die EU zu unterstützen, Zielvorgaben für Agrartreibstoffe in Europa fallen zu lassen¹⁶, da sie für Europas Landwirtschaft unerreichbar sind und eine ökologisch und sozial zerstörerische Explosion der Agrartreibstoffproduktion in Entwicklungsländern hervorgerufen haben. Andererseits müssen die Linken für Europas Bauern Partei ergreifen gegen das Agrobusiness, das seine Interessen mit Hilfe der EU-Kommission bisher durchzusetzen versteht.¹⁷

Aus all dem folgt: Agrartreibstoffe vom Big Business sind kein notwendiger Bestandteil eines zukünftigen Energiesystems, da sie erstens nicht nur qualitativ keine Alternative zu den fossilen Treibstoffen darstellen, sondern sie auch quantitativ nicht ersetzen können¹⁸ und weil zweitens technische Möglichkeiten zur Ablösung des Verbrennungsmotors im Auto durch Elektroantrieb, Brennstoffzelle und zukünftig weitere Neuerungen heranreifen. Der Hybridmotor ist das klassische Beispiel für eine Übergangslösung.

Ob die Agrartreibstoffe im Transportwesen aber wirklich nur eine temporäre Erscheinung bilden und letztlich mit den fossilen Treibstoffen verschwinden werden, hängt vom Kräfteverhältnis zwischen der Allianz von Öl- und Agrarkonzernen und den sie unterstützenden politischen Kräften einerseits und einer sich erst auf lokaler Ebene in Afrika, Lateinamerika und Asien entwickelnden internationalen Bewegung gegen den Agrartreibstoffwahn, für wirklich nachhaltige regenerative Energien andererseits ab.

Die Konturen des zukünftigen Energiesystems sind noch sehr verschwommen, da sich seine Elemente im Rahmen des fossilen Energiesystems gegenwärtig erst herauszubilden beginnen und den Bedingungen dieses Systems unterliegen. Zwei Grundeigenschaften des postfossilen Energiesystems zeichnen sich jedoch schon ab. Erstens wird die zukünftig von der Menschheit zu nutzende Energie aus regenerativen Quellen kommen und zweitens wird das Energiesystem die natürliche Umwelt erhalten. Dieses Energiesystem kann m. E. am präzisesten mit dem Begriff »nachhaltiges Energiesystem« erfasst werden.¹⁹

Welche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung wird ein solches Energiesystem aus heutiger Sicht haben?

Die für die weitere Existenz der Menschheit wichtigste Konsequenz ist die radikale Reduzierung klimaschädlicher Emissionen. Ein Gesamtvergleich der CO₂-Emission von nachhaltigem und fossil-ato-

marem Energiesystem ist noch nicht möglich. Es ist aber zu vermuten, dass er eindeutig zu Gunsten des Ersteren ausfällt, weil der Anteil der Verbrennungsvorgänge weitaus geringer sein wird.

Eine weitere wesentliche Konsequenz für die Gesellschaftsentwicklung lautet lapidar: Es wird keine Kriege um Erdöl und Gas mehr geben. Um Windräder und Solarzellen werden keine kriegerischen Auseinandersetzungen geführt werden, da sie nicht an bestimmte Bodenabschnitte gebunden sind, sondern an vielen Punkten des Erdkörpers produziert und installiert werden können. Das bedeutet nicht, dass Kriege damit aus dem Leben der Gesellschaft völlig verschwinden werden. Die Konflikte um Wasser, mineralische Rohstoffe und Nahrungsgüterressourcen bergen Zündstoff, auch im Zusammenhang mit Klimaveränderungen. Aber das Versiegen der fossilen und atomaren Energieressourcen entzieht den gegenwärtigen Weltkonflikten einen wesentlichen Bestandteil ihres ökonomischen Nährbodens.

Eine weitere grundlegende Konsequenz der Nutzung nachhaltiger Energien für die Gesellschaft ergibt sich aus der vorwiegend dezentralen Struktur ihrer Produktion und Nutzung. Dies eröffnet einem nicht geringen Teil der Menschheit vor allem in Afrika und Asien, dem der Zugang zu Elektroenergie auf Grund der Begrenztheit der Kraftwerksnetze bisher verschlossen war, die Chance, sich zukünftig mit Elektroenergie selbst zu versorgen und damit eine grundlegende Voraussetzung für ein besseres Leben zu schaffen.²⁰

Die in den nächsten Jahren zunehmende Präsenz von Elementen des nachhaltigen Energiesystems wird sicher weitere Auswirkungen dieses Systems auf die Gesellschaft vorhersehbar werden lassen, z. B. positive Wirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Insgesamt lässt sich vorläufig sagen: Der Übergang vom fossil-atomaren zum nachhaltigen Energiesystem gibt der Menschheit die Chance zum schonenderen Umgang mit der Natur, vermindert die Gefahr großer Ressourcenkriege und eröffnet die Möglichkeit des Zugriffs auf Elektroenergie für alle Menschen. Wie die Produktions- und Lebensweise der Gesellschaft unter diesen Voraussetzungen im einzelnen verändert wird, hängt vom Kräfteverhältnis der gesellschaftlichen Gruppen ab, die für die Beibehaltung bzw. Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise eintreten.

Sozialismus ist ein transformatorischer Prozess, der im Kapitalismus unter den Bedingungen des fossil-atomaren Energiesystems begonnen hat und unter den günstigeren Bedingungen des nachhaltigen Energiesystems in eine sozialistische Gesellschaft münden kann²¹

Die gegenwärtigen westlichen Gesellschaften sind kapitalistisch, weil in ihnen die Kapitalverwertung dominiert, der Profit also das Maß in Wirtschaft und Gesellschaft ist. Die Merkmale der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind Zerstörung der Umwelt, imperiale Kriege, sozialer Raubbau und Aushöhlung der Demokratie. Trotzdem bleiben die bürgerlichen Gesellschaften janusköpfig. Technologische Leistungsfähigkeit und Bildungsstand sind entwickelter denn je. Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Demokratie bieten trotz immer massiver werdender Versuche ihrer Einschränkung immer

20 Vgl. Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft, München 1999; Ders.: Energieautonomie, München 2005.

21 Die nachfolgende Argumentation zum Sozialismus als Transformationsprozess folgt Dieter Klein, Michael Brie: Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Standpunkte 2/2007.

noch wichtige Entwicklungschancen. Die Dialektik des Verständnisses der heutigen westlichen Gesellschaften besteht darin, dass sie einerseits kapitalistisch sind. Doch sie sind andererseits nicht nur kapitalistisch, da durch die Kämpfe für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nachhaltigkeit und Emanzipation zivilisatorische Entwicklungspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschöpft werden können. Dies eröffnet die Möglichkeit, Elemente einer über den gegenwärtigen Kapitalismus hinausgehenden Produktions- und Lebensweise im Rahmen heutiger gesellschaftlicher Verhältnisse zu entwickeln.

Neben dem Kampf um den Erhalt bzw. die Rückgewinnung öffentlichen Eigentums kommt der Durchsetzung nachhaltiger Energien gegen die Verteidiger des fossil-atomaren Energie-Regimes eine große Bedeutung zu, denn auf der Grundlage eines nachhaltigen Energiesystems sind aus heutiger Sicht bessere Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen als unter der gegenwärtigen Allmacht der Energie- und Rüstungskonzerne möglich. Dies bedeutet aber nicht, dass mit der Herausbildung des postfossilen Energiesystems automatisch der Kapitalismus abstirbt. Welche Kämpfe auszufechten sein werden, zeigt die oben skizzierte Vereinigung von Öl- und Agrobusiness zu einer gemeinsamen überaus starken Front gegen den sozialen Fortschritt.

Wie dargestellt, schaffen die Produktivkraftveränderungen jedoch einige grundlegend neue Voraussetzungen für die gesellschaftliche Entwicklung und auch günstigere Bedingungen für den Kampf der antikapitalistischen Kräfte. Wie dieser Kampf ausgehen und wie die postfossile Gesellschaft sich letzten Endes entwickeln wird, kann nicht vorausgesagt werden.

Prinzipiell kann jedoch gesagt werden, dass das nachhaltige Energiesystem eine solche Produktions- und Lebensweise ermöglicht, die die Natur erhält, nicht zu Ressourcenkriegen drängt und jedem Menschen Zugang zu Energie und damit zu einem besseren Leben eröffnet. Das heißt: Die dem nachhaltigen Energiesystem gemäße Gesellschaftsordnung ist nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus. Die Hoffnung erscheint daher nicht unberechtigt, dass das postfossile Zeitalter letztlich zu einem sozialistischen Zeitalter werden wird.